

Oberland-Zeitung

FRÜHLING 2026

KOSTENLOSE ZEITUNG FÜR MIESBACH, BAD TÖLZ-WOLFRATSHAUSEN, GARMISCH-PARTENKIRCHEN & WEILHEIM-SCHONGAU



Mehr Frauen in die Kommunalpolitik!

Die Initiative „Bavaria ruft“ motiviert und vernetzt Frauen für kommunalpolitisches Engagement. Ideengeberinnen und Unterstützerinnen sind (v.l.) Dr. Claudia Alfons (Oberbürgermeisterin Lindau), Grünen-Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze, Landtagspräsidentin Ilse Aigner und Anzings Bürgermeisterin Kathrin Alte. » Seite 2

Foto: Bayerischer Landtag/ Astrid Schmidhuber

IHR LOKALTEIL:

MB: AB SEITE 6

TÖL: AB SEITE 8

GAP: AB SEITE 10

WM: AB SEITE 12

Leerstand trotz Wohnungsnot

Holzkirchen – Bezahlbarer Wohnraum ist im Oberland knapp. Die Mieten liegen hier auf Großstadtniveau, Neubau ist teuer und flächenintensiv. Gleichzeitig zeigt eine neue Kurzstudie auf Basis des Zensus 2022: Es gibt spürbare Leerstände – und damit ungenutztes Potenzial.

Die Studie wurde vom Bundestagsabgeordneten Karl Bär (Bündnis 90/Die Grünen) in Auftrag gegeben und vom Berliner Analysebüro Regio-Kontext erarbeitet. Sie untersucht erstmals systematisch Art, Umfang und mögliche Ursachen von

Wohnungsleerstand in den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach.

Insgesamt standen zum Stichtag mehr als 4.100 Wohnungen in den beiden Landkreisen leer. Besonders auffällig ist der Landkreis Miesbach mit einer Leerstandsquote von 4,3 Prozent – dem höchsten Wert im gesamten Münchner Umland. Bad Tölz-Wolfratshausen liegt mit 2,94 Prozent zwar im Bereich der üblichen Fluktuationsreserve, doch auch hier zeigen sich einzelne Gemeinden mit deutlich höheren Quoten.

„Dass Wohnungen leer stehen, obwohl Menschen verzweifelt suchen, ist ein Warnsignal“, sagt Karl Bär. Besonders ins Gewicht fällt, dass rund die Hälfte der leerstehenden Wohnungen bereits seit mindestens einem Jahr ungenutzt ist.

Ein Teil des Leerstands ist marktaktiv oder sanierungsbedingt. Doch es gibt Hinweise auf weitere Ursachen. Auffällig ist etwa die räumliche Nähe erhöhter Leerstandsquoten zu touristisch attraktiven Lagen. Zudem befinden sich die meisten leerstehenden Wohnungen in privater Hand – oft bei

Einzelpersonen oder Wohnungseigentümergeinschaften, bei denen Entscheidungen über Sanierung oder Vermietung langwierig sind. Für Karl Bär ist klar: „Bevor weiter Landschaft zugebaut wird, müssen wir uns ernsthaft um den vorhandenen Bestand kümmern.“ Wie komplex die Situation ist, zeigt sich besonders deutlich im Landkreis Miesbach – vor allem rund um Tegernsee, Schliersee und im Leitzachtal.

» Lkr. Miesbach, S. 6

Geretsried – Im Geretsrieder Stadtteil Gelting entsteht Bayerns größte Geothermie-Anlage. In rund 4,5 Kilometern Tiefe soll von der Oberfläche eingespeistes kaltes Wasser durch ein Schleifen-Geflecht zirkulieren und vom heißen Umgebungsgestein so erhitzt werden, dass es im „Loop“ selbstständig wieder nach oben steigt. So soll Strom und Wärme geliefert werden.

» Lkr. TÖL, S. 9

Neue Zahlen zum Agrardiesel

Berlin – Großer Aufwand, kleine Wirkung? Im Landkreis Garmisch-Partenkirchen fällt die Agrardieselerückstattung so niedrig aus wie nirgendwo sonst in Bayern. Während die CSU um Agrarminister Alois Rainer die Steuer-rückstattung wie angekündigt wieder einführt – sie kostet den Bund jährlich Hunderte Millionen Euro –, zeigen exklusive Daten: Vor allem kleine Höfe gehen leer aus.

» Lkr. GAP, S. 10

Ehrenamt prägt Bayern

München – Das ehrenamtliche Engagement in Bayern bleibt stark ausgeprägt: Fast 5,2 Millionen Menschen über 14 Jahre setzen sich freiwillig für das Gemeinwohl ein, das entspricht etwa 47 Prozent der Bevölkerung. Der Einsatz reicht von

Sport und Kultur über soziale Dienste bis zum Bevölkerungsschutz. Im Bereich Sicherheit sind rund 450 000 Einsatzkräfte aktiv, unter anderem in Feuerwehren, Hilfsorganisationen und beim THW. Allein in Bayern gibt es etwa 17 000 Feuerwehr-

fahrzeuge und zahlreiche Rettungsdienste, die ohne Freiwillige nicht funktionieren würden. Das Engagement ist insbesondere im ländlichen Raum hoch. Gleichzeitig zeigt sich ein Wandel: Laut aktuellen Erhebungen engagieren sich viele

Menschen heute projektbezogener und kurzfristiger als früher. Was bleibt: Das Ehrenamt als zentraler Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens – trotz Herausforderungen wie Zeitmangel und Nachwuchswerbung.

» Thema, S. 4-5

Bavaria ruft: Mehr Frauen wählen

Bayern – Frauen sind in der Kommunalpolitik im Oberland nach wie vor klar in der Minderheit. Besonders deutlich wird das im Kreistag Garmisch-Partenkirchen: Von 60 Kreisrätinnen und -kreisräten sind 11 Frauen.

Auch in den Kreistagen von Bad Tölz-Wolfratshausen (27%), Miesbach (33%) und Weilheim-Schongau (30%) bleiben Frauen unterrepräsentiert. Bürgermeisterinnen sind im Oberland ebenfalls die absolute Ausnahme. Dies ist kein rein regionales Phänomen, sondern lässt sich bayernweit beobachten: In Bayerns Stadt-, Kreis- und Gemeinderäten entfallen nur 27% der Sitze auf Frauen und lediglich 10% der Bürgermeisterposten werden von Frauen bekleidet.

„Bavaria ruft!“ ist eine parteiübergreifende Initiative, die dem entschieden entgegentritt. Ziel der Initiative ist es, Frauen für ein politisches Engagement auf kommunaler und Landesebene zu gewinnen und sie durch Vernetzungs- und Schulungs-Angebote sowie ein Mentoring-Programm zu unterstützen. Zu den prominenten Unterstützerinnen zählen neben Schirmherrin Ilse Aigner (CSU) auch Katharina Schulze, Fraktionschefin der Grü-



v.l.: Die Landtagsabgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD) und Ilse Aigner (CSU) sowie Pullachs Bürgermeisterin Susanna Tausendfreund und Miesbachs Vize-Bürgermeisterin Astrid Güldner (beide Grüne) auf einer „Bavaria-ruft“-Veranstaltung in Miesbach

nen im Landtag, und die scheidende Weilheimer Landrätin Andrea Jochner-Weiß (CSU), eine von nur sieben bayerischen Landrätinnen.

Worum es „Bavaria ruft!“ geht, zeigt sich aber auch ganz konkret vor Ort. Miesbachs Vize-Bürgermeisterin Astrid Güldner (Grüne) betont: „Kommunalpolitik betrifft den Alltag der Menschen. Frauen bringen dafür andere Perspektiven und Erfahrungen ein, die im Gemeinde- oder Stadtrat noch viel zu oft fehlen. Wer Frauen wählt, sorgt für ausgewogenere Entscheidungen und dafür, dass Politik die ganze Gesellschaft im Blick hat.“ Dass Frauen gemeinsam stärker sind, lebt Güldner konkret vor: Gemeinsam mit den

Miesbacher Kreisrätinnen Elisabeth Dasch (SPD) und Anastasia Stadler (CSU) organisiert sie regelmäßig überparteiliche Diskussionen und Besichtigungstermine mit den Kreistags-Frauen. Auch im Tölzer Landkreis hat sich mit „weiblich. wirkt.“ ein ähnliches Bündnis gefunden, das sogar einen Verein gründen möchte.

Als Vorbild für „Bavaria ruft!“ fungiert das Schweizer Modell „Helvetia ruft“, das dort seit 2019 umgesetzt wird. Mit Erfolg: Der Frauenanteil ist seither in vielen Gremien gestiegen. Ob sich die Entwicklung aus dem Nachbarland ab März 2026 auch kommunal niederschlägt, liegt nicht zuletzt an der Wahlentscheidung aller.

Kandidatenflut im Oberland

Oberland – Ganze 27 Landrats-Kandidaten gibt es im Oberland. Kein Wunder: In drei der vier Landkreise stehen die Amtsinhaber nicht mehr zur Wahl. Allein in Weilheim-Schongau sind 11 Wahlvorschläge eingegangen. Auch in Bad Tölz-Wolfratshausen (6 Kandidaten) und Miesbach (7) stellt sich ein breites Bewerberfeld der Wahl. Nur zwei Herausforderer hat hingegen der amtierende Garmischer Landrat Anton Speer.

Die Übersicht:

Miesbach: Franz Schnitzenbaumer (CSU/JU), Jens Zangenfeind (FWG/FW), Thomas Tomaschek (Grüne), Martin Simon (AfD), Angela Falkenhahn (SPD), Benedikt Maier (Linke), Marinus Thurnhuber (BP)

Bad Tölz-Wolfratshausen: Thomas Holz (CSU), Ludwig Schmid (FW), Dr. Andreas Wild (Grüne), Klaus Barthel (SPD), Manuel Tessun (ÖDP), Sebastian English (Linke)

Garmisch-Partenkirchen: Claudia Zolk (CSU), Anton Speer (FWL), Andi Neuner (BfL)

Weilheim-Schongau: Dr. Johann Bertl (CSU), Michael Marksteiner (FW), Benjamin Nolte (AfD), Brigitte Gronau (Grüne), Falk Sluyterman van Langeveyde (SPD), Wolfgang Taffertshofer (BfL), Manuela Vanni (ÖDP), Dr. Timo Böge (BfP), Jürgen Speer (FDP), Xavier van Rooijen (Linke).



SO FUNKTIONIERT DIE KOMMUNALWAHL

Landrats- und Bürgermeisterwahl

Hier darf jeweils nur ein Kreuz gesetzt werden. Entweder man stimmt für einen bereits existierenden Wahlvorschlag oder schreibt selbst eine Person auf den Zettel. Gewonnen hat, auf wen mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen entfallen. Sollte dies niemandem gelingen, erfolgt eine Stichwahl am 22. März 2026 bei der man zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen bei der ersten Wahl auswählen kann.

Wahl des Stadt- bzw. Gemeinderats sowie des Kreistags

Grundsätzlich gilt, dass man immer so viele Stimmen abgeben darf, wie das zu wählende Gremium Sitze hat. Die konkrete Anzahl der Stimmen ist dabei immer oben auf dem Stimmzettel vermerkt.

Die einfachste Art zu Wählen ist das Listenkreuz, bei der man ein Kreuz bei der Liste einer Partei oder Wählergruppe setzt und dabei jedem Wahlvorschlag der Liste eine Stimme zukommen lässt.

Aber auch das Verteilen der Kreuze auf Kandidaten von verschiedenen Listen, das sogenannte Panaschieren, ist möglich. Ferner ist auch das Kumulieren von Stimmen erlaubt, wenn man also ein Kandidat nicht nur eine, sondern zwei oder drei Stimmen gibt. Das Abstimmungsfeld neben dem jeweiligen Namen wird dabei nicht mit einem Kreuz, sondern der Zahl „2“ oder „3“ versehen.

Eine Kombination von Listenkreuz, Panaschieren und Kumulieren ist ebenfalls möglich. Die Stimmen, die man einzelnen Kandidaten gibt, werden dann listenunabhängig zuerst gezählt. Mit einem Listenkreuz lassen sich die übrigen Stimmen, die einem noch zustehen, „auffüllen“. Möchte man, dass ein Kandidat auf der angekreuzten Liste keine Stimme bekommt, kann man den Namen auf dem Wahlzettel durchstreichen.

Wahlrecht für alle EU-Bürger

Neben deutschen Staatsangehörigen sind bei der Kommunalwahl in Bayern, anders als auf Landes- und Bundesebene, auch Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedsstaaten wahlberechtigt. Voraussetzung ist dabei nur, dass man seinen Lebensmittelschwerpunkt zum Wahltermin seit mindestens zwei Monaten, also seit dem 8. Januar 2026, in der betreffenden Gemeinde bzw. dem Landkreis und sich einmalig ins Wahlregister eingetragen hat. Gerade im persönlichen Umfeld spielt die Weitergabe dieser Information eine wichtige Rolle, da die Regelung vielen neu Zugezogenen nicht bekannt ist.

Umgekehrt dürfen auch Deutsche in anderen Mitgliedstaaten bei Kommunalwahlen wählen und kandidieren.

Ein neues Kapitel fürs Oberland

Bad Tölz – Die Planungsregion Oberland steht am Beginn einer neuen Ära: Nach der Kommunalwahl im Frühjahr 2026 endet die Amtszeit von Josef Niedermaier (FW), Landrat von Bad Tölz-Wolfratshausen und Vorsitzender des Regionalverbands seit 2014. Davor lag der Vorsitz bei Weilheim-Schongau, was die regionale Balance zwischen den vier Landkreisen sichert. Mit Niedermaiers Rückzug endet eine Ära, die die Weichen für nachhaltige Entwicklung in der Region gestellt hat. Nun ein größerer Umbruch – zwei der drei weiteren Landräte treten ebenfalls nicht mehr an (siehe S. 2).

Die Planungsregion Oberland (Region17) umfasst die Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen,

Miesbach und Weilheim-Schongau mit ihren rund 451.000 Einwohnern – und steht symbolisch für den Spagat zwischen Tradition und Innovation. Als Teil eines Netzes von 18 bayerischen Planungsregionen koordiniert sie die räumliche Entwicklung über Landkreisgrenzen hinweg. Ziel ist es, Siedlungswesen, Mobilität, Wirtschaft und Umwelt in Einklang zu bringen. Der Regionalplan dient dabei als langfristiges Leitbild mit verbindlichen Zielen.

Das Oberland ist polyzentrisch strukturiert: Die Oberzentren Stadt Weilheim als wichtiger Knotenpunkt im Pfaffenwinkel und das Fremdenverkehrszentrum Garmisch-Partenkirchen sind regionale Ankerpunkte für Versorgung, Wirtschaft und Kultur. Zwölf sogenannte Mittelzen-

tren wie BadTölz, Murnau, Wolfratshausen/Ge-retsried, Schongau/Peiting, Penzberg oder Miesbach/Hausham übernehmen lokale Funktionen und setzen Impulse für die umliegenden Gemeinden.



Der Tölzer Landrat Josef Niedermaier tritt bei der Kommunalwahl nicht mehr an und gibt damit auch sein Amt als Vorsitzender des Planungsverbands ab.

Ein aktuelles Zukunftsthema im Oberland ist die Windkraft. Die Region arbeitet aktiv daran, Flächen für erneuerbare

Energie zu identifizieren und so die Energiewende voranzubringen. Rund 1,55% der Fläche sind als mögliche Standorte vorgesehen – ein Schritt, der ökologische Ziele und regionale Akzeptanz zusammenführt. Windräder werden damit als Beitrag zu Klimaschutz und regionaler Wertschöpfung verstanden.

Unter Niedermaiers Führung wurden zahlreiche Projekte realisiert: Die Fortschreibung des Regionalplans, Initiierung eines regionsweiten Managementprozesses, Kooperationen über Landkreisgrenzen hinweg. Nun liegt die Herausforderung bei den Nachfolgern, die Themen Mobilität, Klimaschutz und Regionalentwicklung fortzuführen.

Höherer Mindestlohn: Im Oberland profitieren Tausende

Rosenheim – Mit Jahreswechsel stieg der gesetzliche Mindestlohn bundesweit von 12,82 Euro auf 13,90 Euro brutto pro Stunde – ein Plus von 1,08 Euro in jeder Arbeitsstunde. Deutschlandweit profitieren davon über 6 Millionen Beschäftigte – besonders in Branchen wie Gastronomie, Einzelhandel und Dienstleistungen.

Auch im Oberland ist das spürbar: Nach Zahlen der Gewerkschaft NGG Nahrung-Genuss-Gaststätten in Rosenheim erhalten viele Menschen im Niedriglohnbereich hier nun höhere Löhne, allein in Weilheim-Schongau rund 8.900 Beschäftigte. Bad-Tölz-Wolfratshausen (ca. 7.600) und Garmisch-Partenkirchen (ca. 6.900) haben ähnliche Zahlen.

Für Betroffene macht die Erhöhung einen konkreten Unterschied: Wer 40 Stunden pro Woche zum Mindestlohn arbeitet, hat ab 2026 brutto rund 190 Euro mehr im Monat zur Verfügung. Gerade im Oberland mit hohen Lebenshaltungskosten ist das ein wichtiger Schritt. Die NGG betont, dass tausende Menschen in der Region nahe der Armuts-

grenze arbeiten und die höhere Lohnuntergrenze insbesondere Frauen und Alleinerziehende entlastet. Gleichzeitig fordert sie genauere Kontrollen der Arbeitszeit- und Lohnabrechnungen, damit die Erhöhungen auch tatsächlich bei den Beschäftigten ankommen. Die Mindestlohnkommission hat bereits eine weitere Erhöhung beschlos-

sen: Ab 2027 steigt der Mindestlohn auf 14,60 Euro. Welche zusätzlichen Effekte das haben kann, zeigen NGG-Zahlen für den Landkreis Miesbach: Ein Mindestlohn von 15 Euro würde für rund 9.200 Beschäftigte mehr Geld bedeuten, im Vergleich zum bis Ende 2025 geltenden Mindestlohn von 12,82 Euro.

EDITORIAL

Die Oberland-Zeitung lebt durchs Ehrenamt. Die Zeitung macht viel mehr Sinn und Spaß, als mit viel Geld und Arbeitskraft „soziale Medien“ zu füttern, die chinesischen oder US-amerikanischen Unternehmen gehören.

Ich finanziere sie gerne. Aber ohne die Menschen, die die Zeitung ehrenamtlich austragen,

würde es sie nicht geben. Ein paar von ihnen stellen wir auf den Seiten 4 und 5 vor.

Ehrenämter sind nicht nur nette Hobbys. Ohne sie würde das Land zusammenbrechen. Das drastischste Beispiel sind Blutspenden. Nur weil sich Menschen ohne Gegenleistung Blut abnehmen lassen, können wir alle bei

Unfällen gerettet werden. Holzkirchen kann stolz darauf sein, dass hier besonders viel Blut gespendet wird.

Anfang des Jahres feierten zwei Filme über das Engagement in unserer Region Premiere. Filmemacher Sigi Menzel begleitet „Bürger für Bürger“ in Wolfratshausen und Markus Brandl das

„Biotop Oberland“ in Lenggries. Letzterer Film hat den Untertitel „Echter Wohlstand wächst gemeinsam“. Das stimmt nicht nur in Lenggries. Nicht Konkurrenz und Gegeneinander, sondern Kooperation und Miteinander bringen uns in diesen schwierigen Zeiten weiter.

Ihr Karl Bär

» Thema, S. 4-5



IMPRESSUM Oberland-Zeitung

kostenlose Zeitung für Miesbach, Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen & Weilheim-Schongau

Herausgeber:

Karl Bär, MdB
Marienstraße 3
83607 Holzkirchen

Kontakt:

✉ redaktion@oberland-zeitung.de
☎ +49 8024 4783602

Verantwortlich i.S.d.P.:

Karl Bär

Frühlingsausgabe 2026
Auflage: 32.500

Druck:

mediaPRINT
Marktplatz 19
83607 Holzkirchen

Für die Herstellung der Zeitung wird 100% Recycling-Papier mit Blauem Engel verwendet.

www.oberland-zeitung.de

Anerkennung mit Ehrenamtskarte

Bayern – Ob im Sportverein, bei der Feuerwehr, in der Nachbarschaftshilfe oder in sozialen Initiativen – Millionen Menschen engagieren sich in Bayern ehrenamtlich. Dieses Engagement ist unbezahlbar. Mit der **Bayerischen Ehrenamtskarte** sagen Freistaat und Landkreise „Danke“ – sichtbar und ganz konkret.



Feierte schon 10-Jähriges: Die Bayerische Ehrenamtskarte

Anerkennung für freiwilligen Einsatz

Die Ehrenamtskarte ist ein Zeichen der Wertschätzung für Menschen, die sich **regelmäßig und freiwillig** für andere einsetzen. Sie **gilt bayernweit** und verbindet Anerkennung mit Vorteilen und Vergünstigungen im Alltag. Ziel ist es, ehrenamtliches Engagement stärker ins öffentliche Be-

wusstsein zu rücken und gleichzeitig einen kleinen Ausgleich zu schaffen.

Wer kann die Karte bekommen?

Die **blaue Ehrenamtskarte** erhalten Personen ab 16 Jahren, die sich **seit mindestens zwei Jahren durchschnittlich fünf Stunden pro Woche oder 250 Stunden im Jahr ehrenamtlich enga-**

gieren. Dazu zählen auch Inhaber der Jugendleitercard (Juleica), Teilnehmende an Freiwilligendiensten sowie aktive Einsatzkräfte bei Feuerwehr, Rettungsdienst oder Katastrophenschutz mit entsprechender Ausbildung. Die blaue Karte ist drei Jahre gültig. Die **goldene Ehrenamtskarte** ist lebenslang gültig. Sie wird unter ande-

rem an Menschen vergeben, die sich **seit mindestens 25 Jahren ehrenamtlich engagieren** oder besondere staatliche Auszeichnungen erhalten haben.

rem an Menschen vergeben, die sich **seit mindestens 25 Jahren ehrenamtlich engagieren** oder besondere staatliche Auszeichnungen erhalten haben.

Vergünstigungen in ganz Bayern

Mit der Ehrenamtskarte profitieren Inhaber von **zahlreichen Vergünstigungen:** Dazu gehören

ermäßigte oder kostenfreie Eintritte in **staatliche Museen, Schlösser und Burgen, bei der Senseschiffahrt** sowie Rabatte bei **Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen und in vielen lokalen Geschäften.** Insgesamt beteiligen sich mehrere tausend Partner in ganz Bayern. Alle Angebote sind auch über eine App abrufbar.

Einfach beantragt

Die Ehrenamtskarte kann online, über die App oder **beim zuständigen Landratsamt beantragt** werden. Auch wer außerhalb Bayerns wohnt, sich aber in einer bayerischen Gemeinde engagiert, ist antragsberechtigt.

ALLE INFOS ZUR EHRENAMTSKARTE:
WWW.EHRENAMT.BAYERN.DE

Bürokratieabbau: Mehr Zeit fürs Ehrenamt

München – Wer sich ehrenamtlich engagiert, will helfen, gestalten, Verantwortung übernehmen – und nicht seine Abende mit Formularen, Genehmigungen und Notarterminen verbringen. Genau von dieser Realität vieler Engagierter geht Johannes Becher, Fraktions-Vize der Grünen im Bayerischen Landtag, aus. Als Mitglied der Enquete-Kommission „Bürokratieabbau“ hat er sich intensiv mit den Hürden beschäftigt, die Vereine und Initiativen im Alltag ausbremsen.

Die nun vorliegenden Ergebnisse dieser Enquete-Kommission zeigen, wie groß der Handlungsbedarf ist. Ehrenamtliche kämpfen mit komplizierten Vereinsregelungen, uneinheitlichen Zustän-



„Der Vereinszweck ist nicht seine Verwaltung, sondern großartiges Engagement für die Gesellschaft“, sagt Grünen-Fraktionsvize Johannes Becher

Foto: Stefan Obermeier | Bildarchiv Bayerischer Landtag

digkeiten und analogen Verfahren, die längst nicht mehr zeitgemäß sind. Becher spricht offen an: „Wer sich ehrenamtlich engagiert, muss das so unkompliziert wie möglich tun können –

und von staatlichen Stellen dabei unterstützt werden, statt ausgebremst.“ Bürokratie dürfe nicht länger Motivation und Freude zerstören. Konkret fordert Becher unter anderem digitale

Lösungen im Vereinsrecht, etwa die Möglichkeit zur Online-Beurkundung von Satzungsänderungen oder zentrale Plattformen, auf denen Vereine alle relevanten Informationen und Anträge gebündelt finden. Gerade kleine Vereine ohne juristisches Know-how würden dadurch massiv entlastet. „Wir brauchen Regeln, die helfen – nicht solche, die abschrecken“, so Becher.

Mit dieser Einschätzung steht er nicht alleine da. Josef Zellmeier (CSU), Vorsitzender der Enquete-Kommission, spricht von notwendigem „Rückenwind fürs Ehrenamt“ und setzt auf mehr Vertrauen in Vereine sowie vereinfachte Genehmigungsverfahren. Statt vieler Einzelanträge solle es

etwa Sammelgenehmigungen geben. Auch die SPD unterstützt den Kurs. Martina Fehlner (SPD) warnt davor, dass ehrenamtliches Engagement zunehmend wie ein Verwaltungsjob wirke. „Das Ehrenamt darf kein Bürojob sein“, betont sie und fordert klare, verständliche Regeln, damit sich Engagierte wieder auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können. Die Empfehlungen der Kommission machen deutlich: Bürokratieabbau ist kein Selbstzweck, sondern eine Frage der Wertschätzung. Ob daraus nun echte Erleichterungen werden, hängt nun davon ab, ob die bayerische Staatsregierung bereit ist, den Worten auch Taten folgen zu lassen.

So vielfältig ist das Ehrenamt im Oberland



Philipp Eikerling (42, r.) ist bei der Feuerwehr Weyarn aktiv. Das Foto zeigt ihn mit 2. Kommandant Daniel Arbing (l.).



Josefine Hopfes (73) aus Geretsried schützt Amphibien und setzt sich als Umweltreferentin ein.



Robert Roithmeier (55) macht in Murnau und Seehausen Kultur zum Motor für soziale Hilfsprojekte.



Manuel Lindauer (41) fördert die lokale Energiewende und aktiven Klimaschutz in Otterfing.



Kathi Westner (51) trainiert den Leichtathletik-Nachwuchs im TuS Holzkirchen.

Feuerwehr
Aus echter Verantwortung für seinen Ort ist er zur Feuerwehr gekommen: Nach einem tragischen Unglück mit drei verstorbenen Aktiven absolvierte er das kompakte Programm für Quereinsteiger. Es richtet sich an Menschen mitten im Leben, die Weyarn bewusst zu ihrem Lebensmittelpunkt gemacht haben. Die Ausbildung durchlief er gemeinsam mit anderen Neueinsteigern – getragen von Einsatzwillen und starker Gemeinschaft. Er sitzt zudem im Gemeinderat. Die Feuerwehren sieht er dort als zentrale kommunale Pflichtaufgabe.

Naturschutz
Seit über 40 Jahren ist sie aktiv im Bund Naturschutz, davon 30 Jahre im Vorstand der Kreisgruppe. Hauptsächlich koordiniert sie die Amphibien-Sammelstellen im Landkreis und hilft bei der alljährlichen Krötenwanderung, bei der Ehrenamtliche Frösche, Kröten, Molche und Unken an Straßen mit mobilen Schutzgäusen einsammeln und sicher über die Fahrbahn tragen – eine der größten Aktionen für Artenschutz in Bayern, die jährlich Hunderttausende Amphibien rettet. Zusätzlich bringt sich Hopfes als Umweltreferentin im Geretsrieder Stadtrat ein.

Kultur
Mit dem „Kulturknall“ schafft das Team von „Menschen Helfen e.V.“ jedes Jahr ein besonderes Murnauer Highlight für den guten Zweck. Durch Veranstaltungen werden regionale Projekte unterstützt oder auch das vom Verein finanzierte Kinderheim in Moldau. So wird Kultur in konkrete Lebenschancen verwandelt. Das unermüdlige ehrenamtliche Engagement zeigt, wie Kreativität und Gemeinschaftssinn zusammenwirken, um anderen zu helfen und zugleich ein Vorbild für gesellschaftliches Miteinander zu sein.

Klimaschutz
Im Bürgerforum Otterfing e.V. engagiert sich Manuel Lindauer als Sprecher des Arbeitskreises Umwelt & Energie für die lokale Energiewende. Mit Informationsveranstaltungen unterstützt der Arbeitskreis Bürger dabei, Energie bewusst einzusetzen und aktiv zum Klimaschutz beizutragen. Das Ziel: Technik und Wissen verständlich machen, praktische Lösungen gemeinsam entwickeln und nachhaltige Projekte vor Ort umsetzen – greifbar, wirksam und für alle leicht umsetzbar.

Leichtathletik
Kathi Westner engagiert sich als Trainerin und Mitglied im Abteilungsvorstand der Leichtathletik im TuS Holzkirchen. Sie begleitet Kinder und Jugendliche im Training, fördert Technik, Ausdauer und Teamgeist und sorgt für verlässliche Strukturen im Vereinsalltag. Neben der sportlichen Entwicklung liegt ihr besonders die Freude an Bewegung und fairer Wettkampf am Herzen. Durch ihr Ehrenamt stärkt sie nachhaltig die Nachwuchsarbeit und das Gemeinschaftsgefühl der Sparte.



Klaus Haas (53) engagiert sich für Vielfalt und demokratisches Miteinander.

Vielfalt
„Holzkirchen ist bunt“ fördert ein offenes, respektvolles und vielfältiges Miteinander in der Gemeinde. Der Verein setzt sich aktiv für Demokratie, Toleranz und Solidarität ein und positioniert sich klar gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Durch Aktionen, Projekte und Veranstaltungen macht „Holzkirchen ist bunt“ diese Werte sichtbar, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und lädt Bürger ein, sich gemeinsam für ein lebendiges, vielfältiges Holzkirchen zu engagieren. Klaus Haas ist hat den Verein als 2. Vorstand und Kassier mitbegründet.



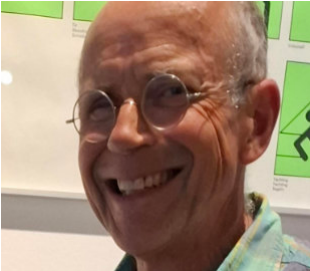
Maren Bengtsson (45) engagiert sich seit 2018 für Kinder und Jugendliche in Warngau.

Jugendförderung
Als Erste Vorsitzende des Fördervereins der Warngauer Kinder und Jugend e.V. engagiert sich Maren Bengtsson ehrenamtlich mit hohem Einsatz – bereits seit 2018. Projekte wie ein Klettergerüst im Schulhof, der geplante Pumptrack oder Veranstaltungen für Kinder und Familien werden von ihr und den Aktiven des Vereins von der Idee bis zur Umsetzung begleitet. Auch das ZAM (Zentrum für alle Menschen), ein Begegnungs- und Bildungszentrum mit vielfältigen Angeboten für die Gemeinde Warngau, liegt in der Verantwortung des Vereins.



Gerhard Kocher (65, h.l.) mit Paul Mathes (v.) und Richard Schürger bei der Weitergabe der Spenden des Repaircafés.

Repaircafé
Gerhard Kocher hat das Repaircafé Waakirchen ins Leben gerufen, das seit September 2024 monatlich öffnet und stark nachgefragt wird. Ehrenamtliche helfen dort, defekte Geräte und Alltagsgegenstände wieder nutzbar zu machen – kostenlos, gegen freiwillige Spenden. Statt Wegwerfen zählt Reparieren und Weiterverwenden. Die gesammelten Spenden werden zudem weitergegeben: Bereits je 300 Euro gingen an den Förderverein der Grundschule und den Helferkreis Flucht und Asyl.



Florian Filgertshofer (61) engagiert sich in Uffing für nachhaltige Gemein- deentwicklung.

Umweltbeirat
Als Mitglied des Umweltbeirats Uffing arbeitet Florian Filgertshofer an konkreten Projekten für Natur- und Klimaschutz in der Gemeinde. Der Beirat berät zu Bau- und Freizeitanlagen, Besucherlenkung und Freizeitanlagen, entwickelte ein Konzept zur umweltfreundlicheren Straßenbeleuchtung und stieß den Beitritt zur Bürgerstiftung Energiewende Oberland an. Zudem bringt das Gremium Projekte zu E-Mobilität und Energieeffizienz auf den Weg und vertritt Umweltinteressen gegenüber Gemeinderat und Verwaltung.



Bettina Streit (60) aus Otterfing berät im Landkreis Miesbach zu Wespen und Hornissen.

Insektenschutz
Als ehrenamtliche Beraterin für Hornissen und Wespen unterstützt sie Menschen im Landkreis Miesbach, wenn Nester am Haus oder im Garten auftauchen. Vor Ort klärt sie sachlich über die Tiere auf und findet Lösungen, die sowohl Menschen als auch Insekten schützen – meist ohne sie zu entfernen. Ihre Aufklärungsarbeit macht den entscheidenden Unterschied. Insgesamt engagieren sich 20 Beraterinnen und Berater im Landkreis, viele auch bei Bienenschwärmen, erreichbar über das Landratsamt.

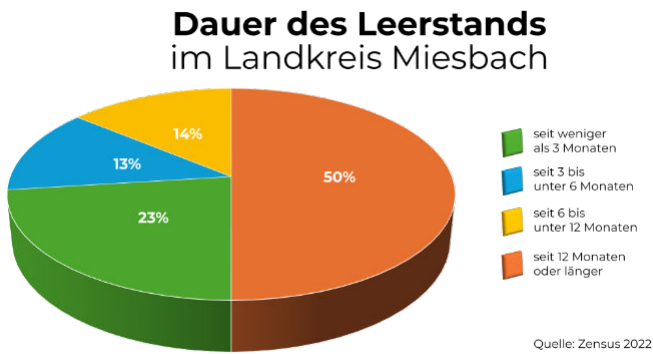
Leerstand am See: Wo Wohnraum ungenutzt bleibt

Tegernsee/Schliersee

Der Landkreis Miesbach gehört zu den teuersten Wohnregionen Bayerns. Angebotsmieten von deutlich über 14 Euro pro Quadratmeter, Kaufpreise auf Rekordniveau und gleichzeitig eine der höchsten Leerstandsquoten im Münchner Umland – dieser krasse Widerspruch steht im Zentrum einer neuen Kurzstudie zum Wohnungsleerstand im Oberland, die der lokale Bundestagsabgeordnete Karl Bär in Auftrag gegeben hat (siehe Titelseite).

Leerstand trotz hoher Nachfrage

Laut Zensus 2022 standen im Landkreis Miesbach 2.254 Wohnungen leer, das entspricht einer Quote von 4,3 Prozent. Besonders auffällig sind einzelne Gemeinden: Tegernsee und Fischbachau erreichen Leerstandsquoten von 6 Prozent und



mehr, Schliersee und Tegernsee zählen jeweils mehrere hundert leerstehende Wohneinheiten.

Dabei fehlt es nicht an Nachfrage. Die Zahl der Haushalte ist gestiegen, vor allem Ein- und Zweipersonenhaushalte nehmen zu. Gleichzeitig gehören die Mieten im Landkreis zu den höchsten in Bayern. „Ein nachfragebedingter Leerstand ist hier nicht erklärbar“, sagt Karl Bär. „Wenn selbst mittelgroße Wohnungen in attraktiven Lagen leer stehen, läuft etwas grundsätzlich schief.“



Viel Kommunalpolitik bei der Studienvorstellung: Zur Abendveranstaltung im Holzkirchner FoolsTheater waren auch aktuelle und ehemalige Bürgermeister und Kreisbaumeister gekommen. Karl Bär stellte dort die Ergebnisse der Untersuchung vor.

Wohnraum oft über ein Jahr leer

Die Studie zeigt, dass rund 60 Prozent des Leerstands im Landkreis Miesbach Wohnungen in Mehrfamilienhäusern betrifft. Besonders häufig handelt es sich um Zweibis Vier-Zimmer-Wohnungen – also genau jene Größen, die auf dem an-

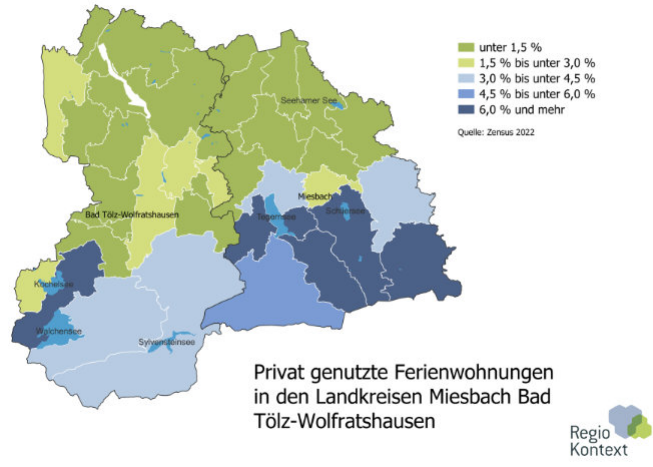
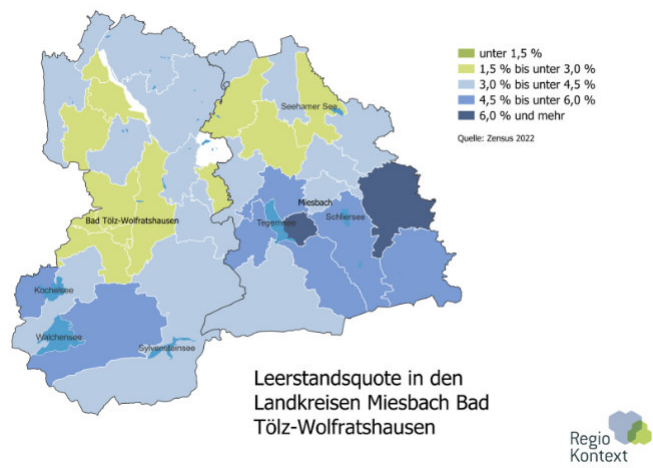
teil der leerstehenden Wohnungen gehört Privatpersonen oder Wohnungseigentümergeinschaften. Entscheidungen über Umbau, Vermietung oder Verkauf ziehen sich hier oft über Jahre.

Karten werfen brisante Frage auf

Besonders brisant ist ein weiterer Befund der Studie: Die räumliche Verteilung von Leerstand ähnelt auffällig der Verteilung privat genutzter Ferienwohnungen. Gemeinden wie Tegernsee und Schliersee weisen sowohl hohe Leerstandsquoten als auch besonders viele private Ferien- und Freizeitwohnungen auf. Insgesamt wurden im Landkreis Miesbach fast 2.000 solcher Wohnungen erfasst. Karl Bär formuliert dazu eine klare Vermutung: „Es liegt nahe, dass ein Teil des Leerstands nur auf dem Papier existiert. Der Zensus bildet immer nur einen Stichtag ab – Wohnungen können als leer gemeldet sein, obwohl sie saisonal oder touristisch genutzt werden.“ Ob und in welchem Umfang hier Zweckentfremdung eine Rolle spielt, lässt sich statistisch nicht eindeutig belegen. Die Überschneidung der Karten sei jedoch ein deutliches Indiz.

Mehr Handhabe für Kommunen gefordert

Für den Grünen-Politiker ist deshalb klar: Ohne politische Steuerung wird sich der Leerstand nicht von selbst auflösen. Nötig seien gezielte Sanierungsförderung, Beratung für private Eigentümer – und stärkere Möglichkeiten für Kommu-



Auffällige Ähnlichkeiten: Die Quoten an Leerstand (oben) und die privat genutzter Ferienwohnungen (unten) nach Gemeinden. Dunkelblau zu sehen sind jeweils hohe Prozentzahlen rund um den Tegernsee und Schliersee.

Grafik: Regio Kontext

nen, Zweckentfremdung konsequent zu kontrollieren und zu unterbinden. „Die Gemeinden wissen oft sehr genau, wo Wohnungen dem Markt entzogen werden“, so Bär. „Aber sie brauchen dafür bessere rechtliche Werkzeuge und mehr Unterstützung.“ Jede aktivierte Wohnung entlaste den Markt schneller und klimafreundlicher als jeder Neubau. Gerade im Landkreis Miesbach liege hier ein bislang unterschätztes Potenzial.

» Titelseite

STUDIE „WO IM OBERLAND WOHNRAUM LEER STEHT“ IST ONLINE ABRUFBAR!

Auf seiner Internetseite stellt Karl Bär die von ihm beauftragte Untersuchung durch Regio Kontext zum Download bereit: www.karl-baer.eu/leerstand



Wer kämpft heute für die Demokratie?

Diese Frage steht exemplarisch für die Gespräche im Video-Podcast „JACKPOD“ des Fotografen und Dokumentarfilmers Thomas „Jack“ Griesbeck („JACKSCORNER“, links auf dem Foto). In ruhigen, persönlichen Gesprächen begegnet er seinen Gästen ohne feste Rollenbilder – auf Augenhöhe und oft mit Erkenntnissen, die sich erst auf den zweiten Blick zeigen. Zuletzt sprach Griesbeck mit dem lokalen Bundestagsabgeordneten Karl Bär über Wohnungsmangel und Leerstand im Landkreis Miesbach, seine Arbeit im Bundestag sowie über Demokratie, Dialog und persönliche Kraftquellen. Zu den weiteren bisherigen Gästen zählen u. a. auch Landrat Olaf von Löwis (CSU), der Landtagsabgeordnete Benni Adjei (Grüne), die Weyarner Künstlerin Agnes Wieser und die Schauspielerin Rosetta Pedone. Zu sehen und hören sind alle Folgen kostenfrei u.a. auf Spotify und YouTube.

Drängen auf schnellere Bahn-Elektrifizierung

Holzkirchen – Seit über 100 Jahren wartet das bayerische Oberland auf elektrifizierte Bahnstrecken. Darauf macht der Grünen-Bundestagsabgeordnete Karl Bär in einem offenen Brief an Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) aufmerksam. Schon bei der Planung des Walchenseekraftwerks sei der Region eine elektrische

Eisenbahn versprochen worden – als Ausgleich für die wegfallende Flößerei auf der Isar. Dennoch fahren die Züge bis heute mit fossiler Energie. Erst in den vergangenen Jahren kam Bewegung in das Projekt. Zwei aufeinanderfolgende Bundesregierungen erhöhten ab 2020 die Mittel für den Schienenverkehr, der

Freistaat stellte 2023 Geld für die Planung bereit. Die Deutsche Bahn plant inzwischen konkret die Elektrifizierung der Strecken von Holzkirchen nach Lenggries und Bayrischzell. Der Zeitplan bleibt jedoch lang: Mit einem Baubeginn sei frühestens 2033 zu rechnen.

Das sei nicht akzeptabel, so Bär. Er fordert den Mi-

nister auf, ein bereits fertig ausgearbeitetes Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren wieder hervorzuholen. Wörtlich schreibt er: „Bitte suchen Sie diesen Gesetzentwurf!“ Eine schnellere Elektrifizierung würde der Region früher leisere, zuverlässigere und klimafreundlichere Bahnverbindungen bringen.

Neues Hospiz am Tegernsee

Bad Wiessee – Den letzten Lebensabschnitt in einem würdigen Ambiente und möglichst in Heimatnähe verbringen – das möchte das neue Oberland Hospiz am Tegernsee schwerkranken Menschen ermöglichen. Dafür engagieren sich neben hauptamtlichen Fachkräften auch Ehrenamtliche. Aufgenommen werden unheilbar Erkrankte mit einer nach ärztlicher Einschätzung begrenzten Lebenserwartung. Der Wunsch nach einem stationären Hospiz in der Region bestand seit Langem und bedurfte zunächst umfangreicher Vorarbeit. Am Ende ging es jedoch zügig voran: Nach nur eineinhalbjähriger Bauzeit konnte im

November die Eröffnung gefeiert werden. Die einladende Einrichtung hat einen wunderschönen Ausblick über den See, findet auch Gisela Hölscher, die diese Idee die letzten sieben Jahre mit vorangetrieben hat. Getragen und unterstützt wird das Hospiz von einem Förderverein, vom Hospizverein Miesbach und von der Marion von Tessin-Stiftung. Derzeit stehen acht der insgesamt zwölf Einzelzimmer zur Verfügung. Die Versorgung ist für die Gäste mit keinerlei Kosten verbunden, diese werden größtenteils durch Kranken- und Pflegekassen übernommen. Der verbleibende Anteil wird durch Spenden finanziert.

Noch mehr Hofläden

Otterfing – Eine Karte zum Herausnehmen mit den Hofläden im Oberland war Bestandteil der vergangenen Herbstausgabe der Oberland-Zeitung. Die Übersicht beruhte größtenteils auf Eigenrecherchen und Einkaufsführern, etwa dem der Ökomodellregion Miesbacher Oberland. Dank Einsendungen von Lesern können wir dieser Übersicht noch fünf weitere Adressen hinzufügen: Der Hoflad’n Bichlmayr in Otterfing (Palnkamer Str. 72) bietet freitags (09-18 Uhr) und samstags (09-12) Fleisch und Wurst aus eigener Herstellung, der Bauernladen Mangfalltal (Münchner Str. 3, Unterarching) donnerstags bis samstags sowie durchge-

hend zur Selbstbedienung. Rund um die Uhr geöffnet hat auch der Hofladen Wimmer in Otterfing (Erlacher Weg 19) mit Eiern, Nudeln und Geflügel im 24/7-Automaten. Hopsers Hofladen in Hohenpeißenberg (Buchschorstr. 38) mit Bio-Lebensmitteln hat geöffnet: Di+Fr: 9-18 Uhr, Sa: 8-12. In Bad Tölz wurde uns noch der Selbstbedienungsladen am Gut Oberhof (Dietramszeller Str. 68) mitgeteilt. Dort ist täglich 8-19 Uhr geöffnet. Das ePaper unserer Herbstausgabe inklusive der Karte mit den Hofläden finden Sie frei zugänglich unter www.oberland-zeitung.de.

IN KÜRZE

Wohnraum für Fachkräfte

Miesbach – Im Herbst hat die Regionalentwicklung Oberland (REO) im Landkreis Miesbach Unternehmen zur Wohnraumsituation befragt. Ziel ist, den Bedarf an Mitarbeiterwohnungen zu ermitteln und Kommunen mit Unternehmen zusammenzubringen, um bezahlbaren Wohnraum zu entwickeln. Die Initiative reagiert damit auf anhaltenden Wohnungsmangel in der Region.

Wirtshausgespräche angelaufen

Landkreis – An die lebendige Tradition der Wirtshausgespräche im Oberland möchte der Bundestagsabgeordnete Karl Bär anknüpfen und in ungezwungener Atmosphäre aus Berlin berichten, zuhören und diskutieren. Monatlich besucht Bär dafür abwechselnd Wirtshäuser in den vier Oberland-Landkreisen. Bisherige Stationen seit Sommer waren Otterfing, Wolfratshausen, Hohenpeißenberg, Unterarching, Penzberg, Schliersee, Rottach-Egern und Lenggries. Kommende Termine gibt der Abgeordnete immer im Voraus über örtliche Tageszeitungen und das Internet bekannt.

DB übernimmt Tegernse-Bahn

Tegernsee – Die Deutsche-Bahn-Tochter DB InfraGO hat die Tegernseebahn Betriebsgesellschaft übernommen. Ziel ist, die Modernisierung der Strecke Schaftlach-Tegernsee, etwa durch neue Technik und Infrastruktur. Mitarbeiter und Verträge bleiben erhalten. Vor Ort wird der Verkauf begrüßt, da größere Investitionen und Fördermittel nun möglich werden.

Walchenseekraftwerk: Regionalisierung möglich

Kochel – Die Überführung des Walchenseekraftwerks in bayerische oder regionale Hand scheitert nicht an Vorgaben der Europäischen Union. Das geht aus einer aktuellen Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Michael Kellner und Karl Bär (Bündnis 90/Die Grünen) hervor. Darin stellt die Bundesregierung klar, dass europarechtliche Regelungen einer Regionalisierung des traditionsreichen Wasserkraftwerks nicht entgegenstehen.



Das Walchenseekraftwerk nutzt seit seiner Inbetriebnahme 1924 den natürlichen Höhenunterschied von rund 200 Metern zwischen dem Walchensee und dem Kochelsee zur Stromerzeugung und gilt als eines der größten Hochdruck-Speicherkraftwerke Deutschlands.

Hintergrund ist die geplante Reprivatisierung der Uniper Deutschland SE, die im Zuge der Energiekrise 2022 verstaatlicht worden war. Nach Angaben der Bundesregierung verfolgt der Bund dabei vor allem das Ziel eines Börsengangs. Damit zeichnet sich eine kapitalmarktgetriebene Lösung ab – und nicht, wie von Kommunen und Landkreisen im Oberland seit Jahren gefordert, eine öffentliche oder regionale Trägerschaft.

Der Grüne Bundestagsabgeordnete Karl Bär aus dem Wahlkreis Bad Tölz-

Wolfratshausen–Miesbach sieht diese Entwicklung kritisch: „Ein Börsengang würde die regionale Einflussnahme erschweren“. Gerade das Walchenseekraftwerk habe eine herausragende Bedeutung für die Energiewende in der Region – sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich. „Es gehört in regionale Verantwortung und nicht an die Börse“, so der Abgeordnete.

Bär fordert die Bayerische Staatsregierung auf, sich stärker für eine Regionalisierung einzusetzen. Die Antwort der Bundesregierung zeige nun eindeutig, dass entsprechende Lösungen rechtlich möglich seien. „Die Regionalisierung des Walchenseekraftwerks ist möglich. Das bestätigt nun auch die Bundesregierung“, betont Bär. Wenn die Staatsregierung dieses Ziel ernsthaft

verfolge, müsse sie sich in Berlin deutlich stärker dafür einsetzen und politischen Druck ausüben.

Seit Jahren setzen sich Kommunen und Landkreise im Oberland dafür ein, das Walchenseekraftwerk dauerhaft unter öffentliche Kontrolle zu stellen. Die aktuelle Stellungnahme der Bundesregierung könnte dieser Forderung neuen Rückenwind verleihen.

Die Antwort der Bundesregierung offenbart darüber hinaus deutliche Lücken im Umgang mit den Wasserkraftwerken des Uniper-Konzerns – darunter auch dem Walchenseekraftwerk. So verfügt die Bundesregierung nach eigenen Angaben über keinerlei Informationen zur Systemrelevanz der Isar-, Lech-, Main- und Donaukraftwerke, obwohl der Bund rund 99 Prozent der Anteile an Uniper hält. Insgesamt gehören dem Bund durch Uniper 96 Wasserkraftwerke allein in Bayern.

Für Karl Bär ist das ein sicherheitspolitisches Versäumnis. „Fast vier Jahre nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine hat schwarz-rot noch nicht kapiert, dass Energiepolitik auch Sicherheitspolitik ist“, kritisiert der Bundestagsabgeordnete. Es sei fahrlässig, Anlagen verkaufen zu wollen, ohne zu wissen, welche Rolle sie für Versorgungssicherheit und Netzstabilität in den jeweiligen Regionen spielen. „Die Bundesregierung will diese Kraftwerke frei verkaufen, ohne eine fundierte Bewertung ihrer Bedeutung vorzunehmen“, so Bär.

Medaillen verliehen

Benediktbeuern – Zum 25. Mal verlieh der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen die Isar-Loisach-Medaille an ehrenamtlich Engagierte. Geehrt wurden Thomas Lechner, (über 48 Jahren beim Lenggrieser SC aktiv), Georg Orterer (Schützengau Wolfratshausen), Helgard von Hüllen (über 30 Jahre Einsatz für Kriminalitätsoffer), Barbara von Uhlmann (Erwachsenenbildung) und der Landkreis-Behindertenbeauftragte Ralph Seifert. Die Festreide im Kloster Benediktbeuern hielt Prinz Ludwig von Bayern.

Feste Heimat für Inklusionscafé

Bad Tölz – Mehr Platz, mehr Zeit, mehr Miteinander: Das Inklusionscafé Miteinander ist in neue, feste Räumlichkeiten umgezogen. Während das Café zuvor lediglich an einem Vormittag pro Woche im evangelischen Gemeindehaus geöffnet war, stehen die Türen an der Hindenburgstraße nun montags bis samstags von 8.30 bis 17 Uhr offen. Pünktlich zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung konnte am 3. Dezember 2025 eröffnet werden. Im Café Miteinander arbeiten Menschen mit und

ohne Behinderung Hand in Hand. „Wir sind ein Ort der Begegnung und des Miteinanders, an dem Menschen mit und ohne Beeinträchtigung gemeinsam arbeiten, lernen und sich austauschen können“, beschreiben die Gründerinnen Tanja Rudolph und Sabine Richter das Konzept.

Mit dem Umzug, der durch zahlreiche Spenden unterstützt wurde, konnte man sich von einem Praktikumscafé zu einer festen Arbeitsstätte entwickeln. Aktuell sind

fünf junge Menschen mit Beeinträchtigung angestellt. Wie wichtig solche Angebote sind, unterstrich dritter Landrat Klaus Koch (Grüne), der auch Schulleiter des Tölzer Förderzentrums ist. Jugendliche mit Beeinträchtigungen müssten hart kämpfen, um einen Job zu bekommen. Das Café Miteinander biete eine solche berufliche Teilhabe. Neben Koch waren viele weitere Kommunalpolitiker zur Eröffnungsfeier gekommen, auch der Tölzer Bürgermeister Ingo Mehner (CSU).

Das Angebot des Café Miteinander umfasst nun neben Kaffee, Kuchen und Frühstück auch eine Mittagskarte. Vor dem Café ist von montags bis freitags ein Foodtrailer im Einsatz, der täglich frisch zubereitete Mittagsgesichte zum Mitnehmen anbietet. Der Foodtrailer ist zudem mobil, bei verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen vertreten und kann auch für private Feiern gebucht werden. Darüber hinaus wird ein Catering-Service angeboten, auf Wunsch inklusive Servicepersonal.



Ehrenamtliche aus dem Oberland in Berlin

Knapp 50 Ehrenamtliche aus der Region waren zu Gast in Berlin: Engagierte des Wolfratshauser Asylhelferkreis und der Holzkirchner Tafel besuchten auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Karl Bär (Grüne) die Bundeshauptstadt. Die Fahrt wurde vom Bundespresseamt der Regierung organisiert.

Direkt nach Ankunft stand erstmal eine Stadtrundfahrt für einen guten Überblick auf der Agenda. In den weiteren beiden Tagen folgten Informationsgespräche und Diskussionen im Familienministerium, beim Bundesnachrichtendienst und mit dem lokalen Abgeordneten. Höhepunkt der Fahrt waren für viele Teilnehmer der Besuch im Bundeskanzleramt mit Führung durch das Gebäude sowie die Besichtigung von Plenarsaal und Kuppel im Deutschen Bundestag. Das Bundespresseamt ermöglicht jährlich etwa 100.000 politisch Interessierten aus ganz Deutschland, Bundespolitik in Berlin zu erleben. Die drei Fahrten pro Bundestagsabgeordnetem werden in der Regel an ehrenamtlich engagierte Gruppen vergeben.

Foto: Bundesregierung/StadtLandMensch-Fotografie

Bayerns größte Geothermie nimmt Gestalt an

Geretsried – Im Geretsrieder Stadtteil Gelting entsteht derzeit die größte Geothermie-Anlage Bayerns. Das kanadische Unternehmen Eavor setzt dabei auf ein neuartiges System: Wärmetauscher in rund 4,5 Kilometern Tiefe sollen Wärme gewinnen und so grundlastfähige, saubere Energie für Strom und Fernwärme liefern. Anders als klassische Geothermie-Anlagen ist das Verfahren weniger stark von geologischen Bedingungen abhängig und kann daher an mehr Standorten betrieben werden – zudem funktioniert es ohne Treibhausgase auszustoßen.

Gefördert wird das Projekt mit 91,6 Millionen Euro aus dem Europäischen Investitionsfonds, hinzu kommen weitere

öffentliche Fördermittel. Seit Dezember 2025 fließt Strom bereits ins öffentliche Netz. Als nächsten Schritt soll die Stadt Geretsried ein Fernwärmenetz errichten, das die Geltinger Tiefengeothermie direkt zu den Haushalten bringt. Dafür wurde im März 2024 ein Vertrag zwischen Eavor und der Isar-Loisach Fernwärme GmbH, einer Tochter der Stadtwerke Geretsried, geschlossen. Perspektivisch könnte so ein Großteil der Haushalte klimafreundlich versorgt werden. Ob sich das Modell jedoch auch andernorts ohne massive Förderung möglich wäre, muss sich erst noch zeigen.

Zudem äußerten renommierte Geologen und Geophysiker im Vorfeld Zweifel: Sie halten das

Projekt für technisch riskant, den Energieertrag für fraglich und warnten vor möglichem Imageschaden für die Geothermie. Seit kurzem liefert die Anlage jedoch erfolgreich Strom. Das Geretsrieder Projekt ist auch ein Beispiel dafür, wie Kommunen und Unternehmen gemeinsam die Wärmewende vorantreiben können – genau darauf zielt auch ein Antrag der Grünen im Bayerischen Landtag ab. Unter anderem fordert der energiepolitische Sprecher Martin Stümpfig, dass Kommunen stärker bei der Planung und Umsetzung von Wärmenetzen unterstützt werden und erneuerbare Wärmequellen wie Geothermie leichter gefördert werden. Ziel sei es, die bayerische Wärmeversorgung

25.000 Stunden im Einsatz

Bad Tölz – Die 58 Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis waren auch 2025 wieder viel beschäftigt: Sie rückten zu 2.243 Einsätzen aus. Damit ist die Zahl im Vergleich zu den letzten Jahren leicht rückläufig, was mitunter auf das Ausbleiben großer Unwetterereignisse zurückzuführen ist. Alarmiert wurden neben 487 Bränden und 1.108 technischen Hilfeleistungen 491 First-Responder-Einsätze. Der Rest der Alarme entfällt unter anderem auf ABC-Einsätze und Sicherheitswachen. Zu den 25.000 ehrenamtlich geleisteten Einsatzstunden kommen noch zahlreiche weitere, die für Aus- und Weiterbildung aufgewendet wurden und einen wichtigen Beitrag zur Einsatzbereitschaft leisten. Im Zehnjahres-Vergleich lässt sich sowohl bei der Zahl der Aktiven ein leichter Anstieg auf nun 3.296 als auch bei den Jugendfeuerwehrlern ein Zuwachs auf 314 verzeichnen.

IN KÜRZE

Leerstand: Punktuelle Auffälligkeiten

Landkreis – Der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen weist mit einer Leerstandsquote von 2,94 Prozent insgesamt eine vergleichsweise stabile Situation auf und liegt damit im Bereich der üblichen Fluktuationsreserve. Dennoch zeigt eine neue Kurzstudie auf Basis des Zensus 2022, dass auch hier genaueres Hinsehen notwendig ist. Zum Stichtag standen 1.921 Wohnungen leer, mit räumlichen Schwerpunkten in den Städten Wolfratshausen, Geretsried und Bad Tölz – also genau dort, wo der Wohnungsdruk besonders hoch ist.

Auffällig ist, dass sich der Leerstand nicht flächendeckend, sondern konzentriert zeigt. In einzelnen kleineren Gemeinden wie Jachenau oder Schlehdorf sind die Quoten zwar überdurchschnittlich, die absoluten Zahlen jedoch gering. Relevanter ist der Leerstand in den größeren Orten: Dort erreichen die leerstehenden Wohnungen eine Größenordnung, die – gemessen an den jährlichen Neubauzahlen – spürbar zur Entlastung des Wohnungsmarkts beitragen könnte. Rund die Hälfte der leerstehenden Wohnungen gilt als Dauerleerstand von über zwölf Monaten. Häufig genannte Gründe sind laufende oder geplante Sanierungen. » Seite 6

Mehr Ausbildungsstarts

Landkreis – Im Herbst 2025 haben im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen 271 Jugendliche eine Ausbildung in einem IHK-Beruf begonnen – acht Prozent mehr als im Vorjahr. Besonders beliebt ist die Ausbildung als Industriemechaniker und für Kaufleute für Büromanagement. Über 200 Ausbildungsplätze blieben unbesetzt.

Agrardiesel: Viel Papier, wenig Ertrag

Garmisch – Während Landwirte bundesweit auf Entlastung durch die Agrardieselrückerstattung hoffen, fällt die Bilanz im Landkreis Garmisch-Partenkirchen ernüchternd aus. Recherchen, die der Oberland-Zeitung vorliegen, zeigen: Kein anderer Landkreis in Bayern erhält pro Hektar weniger Geld zurück als der südliche Alpenlandkreis.

Schlusslicht in Bayern – und weit hinter anderen Bundesländern

Konkret bekommen landwirtschaftliche Betriebe in Garmisch-Partenkirchen im Schnitt lediglich 15,51 Euro pro Hektar erstattet. Damit liegt der Landkreis nicht nur deutlich hinter den ostdeutschen Bundesländern und norddeutschen Agrarländern wie Niedersachsen und Schleswig-Holstein, sondern auch im Vergleich mit sämtlichen Landkreisen in Baden-Württemberg und Bayern auf dem allerletzten Platz.

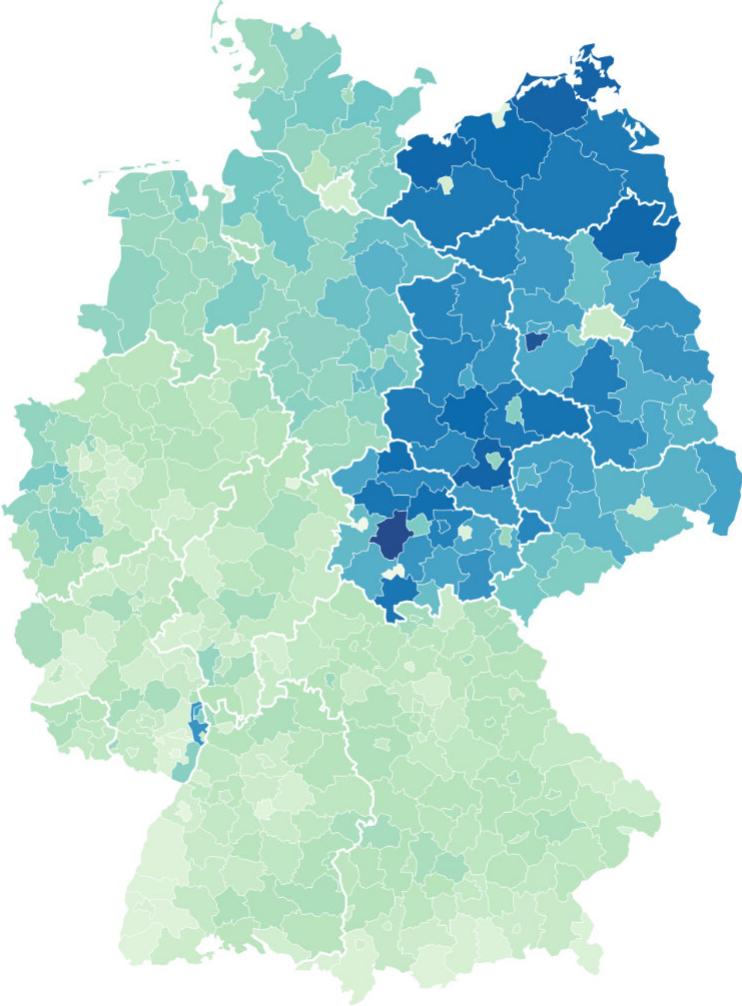
Kleine Höfe, kleine Summen

Die Betriebsstruktur ist dabei zentral. Am Alpenrand dominiert kleinstrukturierte Landwirtschaft, oft bäuerliche oder im Nebenerwerb geführte Höfe. Auch die Intensität der Bewirtschaftung spielt eine Rolle: Die Weidehaltung von Rindern verbraucht kaum Diesel. Für hiesige Betriebe lohnt sich der Antrag häufig kaum: Im Schnitt erhalten Betriebe im Landkreis gerade einmal 431 Euro pro Jahr zurück. Ganz anders sieht es in Regionen mit industriell geprägter Landwirtschaft aus: In Mecklenburg-Vorpommern liegt die durchschnittliche Rückerstattung pro Betrieb bei über 6.000 Euro jährlich (siehe Karte).

Dass sich der Antrag für viele Betriebe nicht lohnt, zeigt auch ein Blick auf

Durchschnittliche Auszahlung pro Betrieb 2023

in Euro
0 8,1 Tsd.



Ungleich verteilt: Die Karte zeigt die durchschnittliche Auszahlung der Agrardieselrückerstattung pro landwirtschaftlichem Betrieb im Jahr 2023 nach Landkreisen. Während Betriebe in Ostdeutschland im Schnitt deutlich höhere Rückerstattungen erhalten, liegen viele Regionen in Süddeutschland – insbesondere im Alpenraum – am unteren Ende der Skala..

Grafik: Büro Karl Bär, MdB / Quelle: Büro Karl Bär, MdB / Daten: Generalzolldirektion / Kartenmaterial: © OSM - Erstellt mit Datawrapper

die bundesweiten Zahlen:

Im Jahr 2023 stellten nur 163.201 von insgesamt 262.998 landwirtschaftlichen Betrieben über-



Karl Bär (Grüne) hat die Daten erst gegen Bezahlung über die Generalzolldirektion erhalten. Foto: Jörg Farys

haupt einen Antrag auf Agrardieselrückerstattung. Fast hunderttausend Betriebe verzichteten damit ganz auf die Entlastung.

Keine Obergrenze – aber viel Bürokratie

„Das System bevorzugt große Betriebe ganz klar“, kritisiert der Bundestags-



Albert Stegemann (CDU) sieht ein zentrales Wahlversprechen der Union an Bauern erfüllt. Foto: Tobias Koch

abgeordnete Karl Bär (Grüne), der die Daten recherchiert hat. „Es gibt keine Obergrenze bei der Rückerstattung, aber einen erheblichen Antrags-

gen, die Steuerentlastung trotz der angespannten Finanzlage rasch wieder einzuführen. Mit der steuerlichen Entlastung für die Land- und Forstwirtschaft schaffen wir Planungssicherheit und sichern die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe.“

Daten nur gegen Gebühr

Besonders pikant: Die Daten für diese Recherche sind nicht öffentlich. „Schon während der Proteste vor zwei Jahren schilderten mir immer wieder Bauern, dass sie der Agrardiesel nicht interessiert, weil sich die Antragsstellung kaum lohnt. Deshalb wollte ich Details wissen“, berichtet Karl Bär. Doch das Landwirtschafts- und das Finanzministerium verweigerten dem Abgeordneten die Auskunft darüber, wie sich die Steuerrückerstattung über das Land verteilt. Erst durch eine Informationsfreiheitsanfrage des Bürgers Karl Bär stellte dann die Generalzolldirektion die Rohdaten auf Landkreisebene zur Verfügung – gegen eine Gebühr von 135 Euro.

Viel Aufwand, wenig Entlastung

Die Zahlen werfen damit grundsätzliche Fragen auf: Hilft die Agrardieselrückerstattung wirklich der bäuerlichen Landwirtschaft in der Region – oder vor allem großen, flächenstarken Betrieben? Für den Landkreis Garmisch-Partenkirchen ist die Antwort zumindest rechnerisch eindeutig.

Gerade jene Höfe, die politisch oft als schützenswert gelten, profitieren am wenigsten von der Rückerstattung. Große, intensiv bewirtschaftete Ackerbaubetriebe, die viel Diesel verbrauche, können sich dagegen über fünfstelligen Beträge vom Staat freuen.

IHRE MEINUNG ZUM THEMA?
SCHREIBEN SIE UNS GERNE AN
REDAKTION@OBERLAND-ZEITUNG.DE

Albert Stegemann, der stellvertretender Fraktionsvorsitzender von CDU/CSU ist, dagegen betont: „Für die Union war es eines der zentralen Anliegen,

Die Zukunft des ÖPNV auf dem Land?

Murnau – Handy raus, die Ortsbus-App starten und einfach die individuelle Fahrt buchen: Bereits seit 2020 fährt in Murnau ein Bus, der nach Bedarf und mit flexibler Route Personen befördert. Anders als beim klassischen Linienverkehr legt der Bus seine Strecke erst nach der Buchung fest und sammelt mehrere Fahrgäste mit ähnlichen Zielen. Geordert werden kann der Kleinbus per App oder Anruf. Betreiber ist die ortsansässige Firma Omobi, die ihren Namen aus „Oberland Mobilität“ ableitet. Mit dem Konzept soll speziell den Mobilitäts-Bedürfnissen im ländlichen Raum zielgenauer entsprochen werden. Doch das Projekt wackelte: 2023 stoppte der Gemeinderat den Rufbus – wegen vermeintlich hoher Kosten und unterschätzter Bedeutung der Nahmobilität. Daraufhin formierte sich eine breite Initiative aus der Bürgerschaft, die das Aus des Ortsbusses nicht akzeptierte. Innerhalb weniger Wochen wurde ein Bürgerbegehren gestartet, das die Entscheidung über das Schicksal des Rufbusses direkt in die Hände der Bevölkerung legte. Das Ergebnis war eindeutig: Eine klare Mehrheit von 84 Prozent stimmte dafür, den Ortsbus weiterzuführen. Der Bürgerentscheid machte deutlich, wie hoch der



Über eine App sind der „Hoki“ und „Blaue-Land-Bus für zahlreiche virtuelle Haltestellen buchbar.

Stellenwert des Angebots für Alltag, Teilhabe und Klimaschutz in Murnau ist – und setzte zugleich ein politisches Signal an den Gemeinderat, der den Betrieb wenige Wochen später wieder aufnahm. Damit wurde der Rufbus nicht nur gerettet, sondern fest als Bestandteil des öffentlichen Nahverkehrs verankert. Mittlerweile wurde das Angebot landkreisübergreifend auf neun Nachbargemeinden ausgeweitet: Der „Blaue-Land-Bus“ verkehrt nun täglich von 7 bis 20 Uhr zwischen den über 400 virtuellen Haltestellen. Ein Problem ist allerdings die Wirtschaftlichkeit: Nur 23% der Kosten können durch die Fahrpreise gedeckt werden. Trotz eines Förderprogramms müssen die beteiligten Kommunen und die Landkreise Weil-

heim-Schongau und Garmisch-Partenkirchen finanzielle Unterstützung leisten.



Kreisrätin Petra Daisenberger fordert weitere Unterstützung für den Rufbus
Foto: Johannes Heiland

Die Fahrgastzahlen sprechen aber dennoch klar für das Projekt: Allein in den ersten zehn Monaten des „Blaue-Land-Bus“ konnten knapp 80.000 Fahrgäste verzeichnet werden. Naturgemäß am höchsten sind die Nutzerzahlen in den Kommunen mit

hohen Einwohnerzahlen. „Der Blaue-Land-Bus wurde in Murnau und für Fahrten in und aus dem Markt deshalb auch am häufigsten genutzt“, erklärt Landratsamts-Pressesprecher Wolfgang Rotzsche gegenüber dem „Murnauer Tagblatt“. Nachmittags komme es sogar zu Engpässen, wenn das Aufkommen besonders hoch ist. Offenbar liegt dann die Nachfrage, die nicht bedient werden kann, bei 15 bis 20 Prozent. Grünen-Kreisrätin Petra Daisenberger aus Murnau, ist daher der Meinung: „Der Rufbus muss bleiben und ausgebaut werden.“ Auch in Holzkirchen im Landkreis Miesbach existiert ein mittlerweile etabliertes Rufbus-System: Der „Hoki“, ebenfalls von Omobi betrieben, kehrt in Holzkirchen selbst sowie den Gemeinden Otterfing, Valley und Warngau. Die Nachfrage ist auch hier enorm: Relativ schnell wurde die 6.000-er Marke für monatliche Fahrgäste erreicht. Hier besteht ein engmaschiges Haltestellennetz mit 300 virtuellen Haltepunkten. Aktuell wird auch in Hausham und in Miesbach darüber nachgedacht, ein Rufbus nach Murnauer Vorbild einzusetzen.

IN KÜRZE

EU schützt regionale Handwerksprodukte
Mittenwald – Künftig können auch regionale Handwerks- und Industrieerzeugnisse in der EU als geschützte Herkunftsprodukte anerkannt werden. Davon profitieren könnten bekannte Erzeugnisse aus dem Oberland wie die weltbekannten Geigen aus Mittenwald und die regionale Schnitzkunst aus Oberammergau. Dies eröffnet neue Möglichkeiten für Hersteller in Garmisch-Partenkirchen, ihre Produkte europaweit zu schützen. Zuständig für Anträge ist das Deutsche Patent- und Markenamt in München.

MVV-Beitritt vollzogen
Garmisch-Partenkirchen – Mit dem Jahreswechsel ist der Landkreis dem Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) beigetreten (wir berichteten). Damit gilt im gesamten Oberland nun ein einheitlicher ÖPNV-Tarif. Das erleichtert Pendlern und Gelegenheitsfahrern den Umstieg zwischen Bussen und Bahnen im Großraum München und im Voralpenland.

Tourismus weiter stark gefragt
Garmisch-Partenkirchen – Urlaub im Oberland bleibt beliebt: Zwischen Januar und Oktober 2025 zählte das Bayerische Landesamt für Statistik fast zwei Millionen Besucher in der Region. Rund die Hälfte davon zog es in den Landkreis Garmisch-Partenkirchen, der mit etwa 3,2 Millionen Übernachtungen erneut eine der stärksten Tourismusdestinationen in Oberbayern ist. Das bedeutet ein Plus von mehr als fünf Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Drei Jahrzehnte gelebte Kultur

Seehausen – Großes Jubiläum feierte kürzlich die Westtorhalle: seit nunmehr 30 Jahren ist sie Heimat für Konzerte, Theater, Tanzabende und viele weitere kulturelle Veranstaltungen. Nach der Schließung der Kemmelkaserne wurde die Halle im Jahr 1995 einer neuen Nutzung zugeführt und hat sich zu einem festen Bestandteil des kulturel-

len Lebens im Oberland entwickelt. Getragen wird das Kulturzentrum von einem Verein, in dem Ehrenamtliche mit großem Einsatz jährlich über 90 Events auf die Beine stellen. Seit drei Jahrzehnten findet dort auch immer donnerstags ein Kneipenabend statt, der ein beliebter Treffpunkt für alle Generationen ist.

Oberlandgeschichten

Murnau – In die spannende Geschichte unserer Heimat entführt der Murnauer Autor und Historiker Wilfried Nass in seinem neuen Buch „11 1/2 Geschichten aus dem Oberland“. Auf 176 Seiten geht's von der Wieskirche bis zum Tegernsee. Kritisch, aber liebevoll erzählt, stehen ein Pollinger Mönch gegen Aberglauben, die Entwicklung der

Emanzipation anhand der Miesbacher Frauenschule und der blutige Arbeiteraufstand am Walchenseekraftwerk von 1919 im Fokus. Wissenschaftlich fundiert, aber locker geschrieben, verzichtet das Buch auf Fußnoten. Erhältlich ist das Buch in vielen Buchhandlungen in der Region.

Ungebrochene Solidarität mit der Ukraine

Weilheim – „Wenn der Krieg ein Jahr dauert, helfen wir ein Jahr. Wenn er vier Jahre dauert, dann helfen wir eben vier Jahre“. Diesen Worten von Markus Bader (FWRS) aus dem Jahr 2022 lassen der Bürgermeister von Rottenbuch und seine Mitstreiter der ehrenamtlichen Initiative „Solidarität Ukraine“ konsequent Taten folgen.

Erst kürzlich konnte ein im Landkreis Erding ausgerangiertes Feuerwehrauto in die zentralukrainische Stadt Tulchyn überführt werden. Die Fahrt bis zur ukrainischen Grenze übernahmen die Bürgermeister Peter Erhard (Böbing, CSU) und Andreas Kögl (Altenstadt, CSU), die gemeinsam mit ihren Amtskollegen Markus Pape (Polling, CSU), Georg Malterer (Bernried, ÜFW) und Simon Sörgel (Pähl, Pähl in Gemeinschaft) die Initiative unterstützen. Das mit Hilfsgütern vollgeladene Einsatzfahrzeug transportierte unter anderem ein leistungsstarkes Notstromaggregat, das bis zu acht Operationssäle mit Strom versorgen kann. Angesichts des kalten Winters und der anhaltenden Stromausfälle ist diese Form der Unterstützung unver-



Live zugeschaltet aus der Ukraine: Valerii Vesniani, Bürgermeister der rund 230 Kilometer südwestlich von Kiew gelegenen Stadt Tulchyn.
Das Livebild wurde bei der 100. Mahnwache an die Mauer der Weilheimer Stadtpfarrkirche Mariä Himmelfahrt projiziert. „Das waren Gänsehautmomente“, beschreibt Organisatorin und Kreisrätin Brigitte Gronau. Nach Tulchyn ging kürzlich auch ein Feuerwehrauto, das von der Gemeinde Wartenberg (Lkr. Erding) gespendet wurde.

zichtbar. An der Initiative beteiligen sich neben Gemeinden und dem Landkreis zahlreiche Privatpersonen, Unternehmen, Vereine und Hilfsorganisationen aus der Region und darüber hinaus. Getragen wird das Engagement nicht nur durch Spenden, sondern auch

durch umfangreiche ehrenamtliche Arbeit. Einer der maßgeblich Beteiligten ist Eckhard Zimmermann, der bereits unzählige Sachspenden organisiert hat und zudem die Transporte koordiniert. Um Hilfsgüter effektiv und unbürokratisch zu beschaffen und direkt in

die Zielregion zu bringen, arbeitet die Initiative auch mit bereits bestehenden Hilfsnetzwerken zusammen. Zudem besteht eine enge Verbindung mit dem ukrainischen Generalkonsulat in München. Bislang konnten mehr als 200 Lieferungen mit insgesamt 420 Tonnen Hilfsgütern realisiert werden.

Zu den großen Unterstützerinnen der Initiative zählt auch Kreisrätin Brigitte Gronau, die darüber hinaus gemeinsam mit Weilheims Drittem Bürgermeister Alfred Honisch (beide Bündnis 90/Die Grünen) die „Weilheimer Mahnwache für Frieden, Demokratie und Solidarität“ moderiert. Seit mittlerweile vier Jahren findet diese jeden Montag in der Weilheimer Innenstadt statt. Ursprünglich als Gegenbewegung zu den sogenannten „Montagsspaziergängern“ ins Leben gerufen, rückte nach dem russischen Überfall auf die Ukraine deren Unterstützung zunehmend in den Mittelpunkt. Mittlerweile findet die Mahnwache auf dem zuvor von den Montagsspaziergängern besetzten Marienplatz statt. Diese müssen seitdem auf den Dienstag ausweichen, um weiter auf dem zentralen Platz sein zu können.

Für Gronau kommt indes ein Ende der Mahnwache, die sich der 200. Veranstaltung nähert, nur unter einer Bedingung infrage: „Wir machen sicher so lange weiter, bis der Krieg in der Ukraine beendet ist.“

Klimafrühling naht

Penzberg – Der 6. Klimafrühling Oberland steht bevor. In den kommenden Frühlingswochen vom 17. April bis 10. Mai rückt die Region wieder Klimaschutz und nachhaltiges Leben in den Mittelpunkt. Initiiert wird der Klimafrühling von der Energiewende Oberland (EWO). Er ist eine offene Mitmach-Plattform, die seit 2018 Menschen, Initiativen, Vereine, Bildungseinrichtungen und Kommunen zusammenbringt.

Ziel ist es, Engagement sichtbar zu machen, Wissen zu teilen und zu zeigen, wie Klimaschutz ganz konkret vor Ort gelingen kann. Statt erhobenem Zeigefinger setzt der Klimafrühling auf Austausch, praktische Ideen und gemeinsames Ausprobieren. Das vielfältige Programm mit Veranstaltungen aus dem gesamten Oberland wird ab März abrufbar sein.

Wenn Wespen Sorgen machen: Fachliche Hilfe

Weilheim – Wenn im Sommer Wespen oder Hornissen auftauchen, sind Verunsicherung und Ärger oft nicht weit. Im Landkreis Weilheim-Schongau gibt es für solche Fälle kompetente Hilfe: Ehrenamtliche Wespen- und Hornissenberater unterstützen Bürgerinnen und Bürger dabei, Konflikte mit den geschützten Insekten sachlich und verantwortungsvoll zu lösen. Beim jüngsten Jahresabschlusstreffen der ehrenamtlich Engagierten

bedankte sich die Untere Naturschutzbehörde am Landratsamt Weilheim-Schongau ausdrücklich für deren Einsatz. Ohne dieses freiwillige Engagement wäre der Natur- und Artenschutz in der Region kaum zu leisten. Die Berater sind wichtige Ansprechpartner – nicht nur für Wespen und Hornissen, sondern auch für Themen wie Biber, Feldmäuse oder Wiesenbrüter. Ergänzend informierte Christian Haupt, Geschäftsführer des Landschaftspflegever-

bands Weilheim-Schongau, über dessen Arbeit und Aufgaben.

Besonders erfreulich: Für das kommende Jahr 2026 gibt es Verstärkung im Bereich Wespen- und Hornissenschutz. Landrätin Andrea Jochner-Weiß bestellte Alexander Kotz offiziell zum neuen ehrenamtlichen Fachberater. Kotz ist bereits als Hobby-Imker aktiv und hat sich in einem speziellen Lehrgang zusätzlich qualifiziert. Künftig unterstützt er die Naturschutz-

behörde bei Meldungen rund um Nester und Begnungen mit den Insekten.

Seine Aufgabe ist dabei vor allem eines: Aufklären. Denn Wespen und Hornissen sind wichtige Bestandteile des Naturhaushalts. Mit Ruhe, Fachwissen und praktischen Lösungen tragen die Berater dazu bei, Ängste abzubauen und ein friedliches Miteinander von Mensch und Tier zu ermöglichen.

Das schönste Dorf Europas

Huglfing – Nun ist es auch europaweit bestätigt: Huglfing ist das lebenswerteste Dorf Europas. Beim Wettbewerb „Entente Florale Europe 2025“ wurde die Gemeinde mit der Goldmedaille ausgezeichnet. Der länderübergreifende Wettbewerb ehrt Orte, die sich durch hohe Lebensqualität, Nachhaltigkeit und starken Gemeinschaftssinn auszeichnen. Voraussetzung für die Teilnahme ist der vorherige Erfolg in einem nationalen Wettbewerb.

In den insgesamt zehn Bewertungskriterien – darunter Landschaft, Klimaschutz, Tourismusmanagement und Dorfstruktur – überzeugte Huglfing derart, dass es die höchste jemals vergebene Punktzahl erzielte – und das ausgerechnet im Jubiläumsjahr des 50-jährigen Bestehens des Wettbewerbs.

Um sich selbst ein Bild von dem 2900-Seelen-Dorf Huglfing zu machen, reisten die Juroren im vergangenen Juli eigens in den Pfaffenwinkel. Besonders beeindruckten sie die restaurierten Tuffsteingebäude rund um den Hungerbach, die lebendige Vereinskultur und die vielfältigen Projekte im Bereich erneuerbarer Energien. Hervorgehoben wurde zudem der neue Mehrgenerationen-



Die restaurierten Tuffsteingebäude rund um den Hungerbach und die generationengerechte Ortsgestaltung Huglfings beeindruckten die Jury besonders.
Bild: Foto Gronau

wurde mit der Silbermedaille ausgezeichnet.

Abenteuerspielplatz: Mit Unterstützung zahlreicher freiwilliger Helfer errichtet, besticht er durch seine naturnahe, insektenfreundliche Gestaltung. Zur Preisverleihung im slowenischen Velenje im vergangenen September reiste eine 70-köpfige Delegation aus Huglfing an. Dass man sich am Schluss gegen die Konkurrenz aus Frankreich, Irland, Italien, Ungarn, Tschechien und Rumänien durchsetzen konnte, erfreute auch Bürger-

meister Markus Huber (SPD/Unabhängige). Gegenüber dem Bayrischen Rundfunk erklärte er: „Ein echtes Zeichen dafür, was erreicht werden kann, wenn alle zusammenhalten“.

Huglfing setzt damit ein Zeichen als Vorreiter für nachhaltige Dorfentwicklung – und die Auszeichnung kann zugleich Ansporn sein, weitere Projekte für Umwelt, Gemeinschaft und Lebensqualität in der Region anzustoßen.

IN KÜRZE

Kein Bewerber fürs Rathaus

Habach – Die Gemeinde Habach steht nach Ablauf der Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen ohne Bürgermeisterkandidaten da. Damit geht die 1000-Einwohner-Gemeinde zum ersten Mal in ihrer Geschichte ohne Bewerber in eine Bürgermeisterwahl. Es konnte niemand gefunden werden, der den nebenamtlichen Posten übernehmen will. Ein Bürgermeister könnte trotzdem am 8. März gefunden werden: Auf den leeren Wahlzettel kann man den Namen eines beliebigen Gemeindebewohners schreiben. Sollte jemand mehr als 50% der abgegeben Stimmen erhalten, gilt die Person als gewählt. Gelingt das nicht, kommt es zur Stichwahl zwischen den beiden Meistgenannten. Wenn die Wahl nicht angenommen wird, ist eine Neuwahl erforderlich.

Kein Gemeindeoberhaupt in Sicht

Ingenried/Antdorf – Auch in Ingenried und Antdorf wird bei der Bürgermeisterwahl niemand auf dem Stimmzettel stehen. Das ist in beiden Gemeinden keine Neuheit, in Antdorf gab es bis 2014 üblicherweise keinen Wahlvorschlag. Doch bislang hatte im Vorfeld zu meist jemand signalisiert, im Falle einer Wahl das Amt zu übernehmen. Dieses Mal ist das jedoch bisher nicht gelungen.

Bienenfreundliche Gemeinde

Großweil – Zweiter Platz für die Gemeinde Huglfing: Der Titel „Bienenfreundliche Gemeinde“ durch den Bezirk Oberbayern wurde auch an die Kommune im Pfaffenwinkel verliehen. Der erste Platz ging bei der Veranstaltung im Freilichtmuseum Glentleiten an Bischofswiesen (Berchtesgadener Land).

Erde, Brauchtum und Demokratie

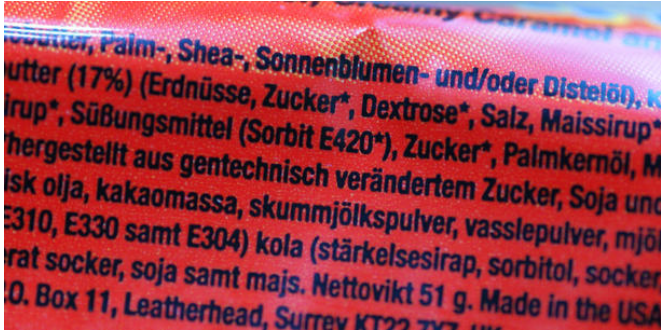
Anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Kunstwerks DER BEVÖLKERUNG im Innenhof des Deutschen Bundestages hat der Bundestagsabgeordnete Karl Bär (Bündnis 90/Die Grünen) Erde aus seinem Heimatland-kreis Miesbach nach Berlin gebracht. Sie stammt von der Kälberweide des Biolandwirts und Holzkirchner Gemeinderats Sepp Meier in Föching. Das Kunstwerk des Künstlers Hans Haacke besteht aus Erde aus allen Teilen Deutschlands, die von Abgeordneten selbst eingebracht wurde. Aus dieser Erde wachsen Pflanzen – das Werk verändert sich über die Jahre hinweg. Der Ort der Entnahme ist nicht zufällig gewählt: Auf der Weide steht auch ein Hochzeitsbaum. In Bayern ist es Tradition, zur Hochzeit einen Baum aufzustellen, der ein Ansporn zur Fruchtbarkeit sein soll. Für Bär verbindet die Erde aus Föching damit zwei Aspekte seiner Heimat: ökologische Landwirtschaft und regionales Brauchtum. Die Erde aus dem Landkreis ist nun Teil des Kunstwerks im Reichstagsinnenhof und ergänzt dort die Beiträge aus anderen Regionen Deutschlands.



Neue Gentechnik: Verlust der Wahlfreiheit

Brüssel/Berlin – Die Richtung ist entschieden: Auf EU-Ebene haben sich Parlament, Kommission und Mitgliedstaaten im Trilog auf eine weitgehende Abschaffung der Regeln für Neue Gentechnik (NGT) verständigt. In einer nächtlichen Trilog-Sitzung wurden im Dezember dafür zentrale Weichen gestellt. Kritiker sprechen von einer faktischen Deregulierung großer Teile der Gentechnik. Vor allem die Grünen waren vor massiven Risiken für Verbraucher, Umwelt und bäuerliche Betriebe.

Kern der geplanten Reform ist eine neue Einteilung gentechnisch veränderter Pflanzen (wir berichteten). Ein großer Teil der mit neuen Verfahren wie CRISPR/Cas veränderten Sorten soll künftig von Risikoprüfung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit weitgehend ausgenommen werden. Diese Produkte könnten dann ohne besonderen Hinweis in den Handel gelangen. Zudem bleibt die Frage von Patenten auf entsprechend verän-



So sieht die verpflichtende Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Zutaten in Lebensmitteln bisher aus. Für Neue Gentechnik (NGT) fällt diese Kennzeichnungspflicht bald weg – und damit auch die Wahlfreiheit für Verbraucher

derte Pflanzen hoch umstritten.

Karl Bär, Gentechnik-Berichterstatte der Grünen im Landwirtschaftsaus-schuss des Bundestags, kritisiert das Verhandlungsergebnis scharf. Das Resultat von „übernäch-tigten Hinterzimmerver-handlungen“ dürfe nicht von Risikoprüfung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit weitgehend ausgenommen werden. Diese Produkte könnten dann ohne besonderen Hinweis in den Handel gelangen. Zudem bleibt die Frage von Patenten auf entsprechend verän-

Saatgutkonzerne durch Patente. Das führe zu stei-genden Preisen, weniger Vielfalt und zusätzlicher Belastung für ökologisch und konventionell wirt-schaftende Betriebe. Ähnlich äußert sich Frak-tionskollege Harald Eb-ner, grüner Berichterstat-ter im Umweltausschuss. Er spricht von einem „schwarzen Tag für den Umwelt- und Verbrau-cherschutz“. Die Pläne seien ein Bruch mit dem europäischen Vorsorge-prinzip. Ohne verpflich-tende Prüfung, Monito-ring und Rückrufmecha-nismen würden Risiken ignoriert. Selbst gentech-

nisch veränderte Wild-pflanzen könnten künftig ohne umfassende Um-weltprüfung freigesetzt werden.

Innerhalb der Bundesre-gierung ist die Linie um-stritten. Bei einer Abstim-mung in Brüssel enthielt sich Deutschland – auf Drängen der SPD. Das CSU-geführte Bun-deslandwirtschaftsminis-terium verweist hingegen darauf, dass Neue Gen-technik Chancen für Wettbewerbsfähigkeit er-öffnen könnten. Land-wirtschaftsminister Alois Rainer betont zugleich, dass es bei vielen Land-wirten und Verbrauchern Bedenken gebe.

Auf EU-Ebene treibt vor allem die Kommission die Reform voran. Agrarkom-missar Christophe Han-sen (EVP/Luxemburg) ar-gumentiert, die bisheri-gen Gentechnikregeln seien zu schwerfällig und bremsen Innovation. Un-terstützung kommt vor allem aus konservativen und wirtschaftsliberalen Parteien. Sie verweisen auf mögliche Fortschritte

bei Ertrag, Pflanzen-schutz und Klimaanpas-sung.

Offen sind damit vor al-lem die praktischen Fol-gen der neuen Regeln. Vorgesehen ist unter an-derem ein öffentliches Register für NGT-Pflanzen sowie eine Offenlegung bestehender Patente, au-ßerdem sollen Auswir-kungen auf Saatgut-markt und Züchtung in den kommenden Jahren gesondert überprüft wer-den. Umwelt- und Ver-braucherorganisationen bezweifeln jedoch, dass diese Nachsteuerungs-instrumente ausreichen. Sie verweisen auf weiter-hin ungeklärte Fragen bei Haftung, Kontrolle und Schutz bestehender gen-technikfreier Lieferketten. Nach der politischen Ein-i-gung müssen Parlament und Rat den Text noch formal bestätigen. Mit weiteren rechtlichen und politischen Auseinander-setzungen auf nationaler Ebene wird bereits ge-rechnet.

Regierung widerlegt Pestizid-Narrativ

Berlin – Die Bundesregie-rung weist die wiederholt geäußerte Behauptung zurück, dass in Deutsch-land zunehmend Pesti-zid-Wirkstoffe vom Markt verschwinden. Das geht aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage des Grünen Bundestagsab-geordneten Karl Bär her- vor. Demnach waren vor zehn Jahren 275 Pestizid-Wirk-stoffe in Deutschland zu-gelassen, heute sind es 278. Auch über einen Zeitraum von 25 Jahren hinweg bewegt sich die Zahl der zugelassenen Wirkstoffe auf einem ver-gleichbaren Niveau, zei-gen Daten von Bundes-amt für Verbraucher-schutz und Lebensmittel-

sicherheit (BVL) und Um-weltbundesamt (UBA). „Die Behauptung, es wür-den immer mehr Wirk-stoffe wegfallen, ist offen-sichtlich falsch“, erklärt Bär (Grüne). Er fordert von der Bundesregierung „mehr Faktentreue“ in der öffentlichen Debatte. Zuvor hatte Bundesland-wirtschaftsminister Alois Rainer (CSU) in einem In-terview mit der Garten-bauzeitschrift TASPO er-klärt: „Die Verfügbarkeit ist entscheidend, denn in den vergangenen Jahren sind immer mehr Wirk-stoffe weggefallen.“ Diese Einschätzung werde durch die eigenen Zahlen der Bundesregierung je-doch nicht gestützt, so Bär. Die entscheidende

Antwort auf die Kleine Anfrage lieferte Rainers CSU-Parteikollegin und Parlamentarische Staats-sekretärin Martina Engel-hardt-Kopf. Positiv bewertet der Grün-en-Politiker zudem, dass sich die Bundesregierung in ihrer Antwort ausdrück-lich zum UBA bekennt. Dessen fachliche Bewer-tungen im Zulassungs-verfahren seien kein Hemmnis für Hersteller, sondern dienten dem Schutz von Umwelt, An-wenderinnen und An-wendern sowie Verbrau-cherinnen und Verbrau-chern. „Hier erwarte ich weniger Wahlkampfthe- torik und mehr Sachlich-keit“, so Bär mit Blick auf den Minister.

Mehr Geld, weniger Risiko

Berlin – Der Deutsche Bundestag hat ein umfas-sendes Gesetz zur Stär-kung des Ehrenamts be-schlossen. Ein Kernpunkt: Die Übungsleiterpau-schale steigt von 3.000 auf 3.300 Euro, die Ehren-amtpauschale von 840 auf 960 Euro – mehr Geld für das Engagement vor Ort. Gleichzeitig wird das Haftungsprivileg ausge-weitert, sodass Ehrenam-tliche künftig erst ab 3.300 Euro Vergütung für Schäden persönlich haf-ten müssen – früher lag die Grenze bei nur 840 Euro. „Ehrenamt braucht Aner-kennung und Absiche-rung – nicht Angst vor Haftung“, sagt Bundes-justizministerin Dr. Stefa-

nie Hubig (SPD). „Deshalb wollen wir Haftungsrisi-ken von Ehrenamtlichen verringern. Kein Ehren-amt darf zur Haftungsfal-le werden.“ Die Entlastungen sollen es Vereinen erleichtern, Menschen für Leitungs-aufgaben zu gewinnen und Hemmnisse bei der Vereinsarbeit abbauen. Zusätzlich sieht das neue Gesetz steuerliche Verei-nfachungen für kleinere Vereine vor – etwa durch höhere Freigrenzen bei der Mittelverwendung und beim wirtschaftli-chen Geschäftsbetrieb. Damit will die Bundesre-gierung das Ehrenamt stärken und attraktiver machen.

Social Media: Australien ist Vorreiter – und Vorbild?

Canberra/Berlin – Am 10. Dezember 2025 trat in Australien ein weltweit einmaliges Gesetz in Kraft: Soziale Medien wie Instagram, TikTok, Snap-chat, YouTube und Co. sind für Kinder und Ju-gendliche unter 16 Jahren verboten. Diese Alters-gruppe darf keine eige-nen Konten mehr besit-zen, und die Betreiber müssen Alterskontrollen einführen – andernfalls drohen ihnen hohe Stra-fen. Australien begründet das mit dem Schutz jun-ger Menschen vor Cy-bermobbing, Suchtris-ken und problematischen Inhalten. Kritiker halten das Gesetz aber für tech-nisch fragwürdig und leicht umgehbar.

In Deutschland haben mehrere Politiker auf das australische Vorbild re-agiert. Cem Özdemir (Grüne) fordert ein Mindestalter von 16 Jahren für Social Media. „Wenn die Betreiber von diesen Programmen ihren eigenen Kindern Umgang damit ver-bieten, sollten bei uns al-len die Alarmglocken läu-



ten“, sagte Özdemir im Sommer 2025. Für ihn soll der Einstieg gestuft erfol-gen, damit junge Men-schen lernen, verantwor-tungsvoll mit sozialen Medien umzugehen. Schleswig-Holsteins Mi-nisterpräsident Dani-el Günther (CDU) sprach sich ebenfalls dafür aus, ein Mindestalter von 16 Jahren auch hierzulande zu prüfen, da Kinder und Jugendliche sonst „mit Inhalten konfrontiert wer-den, die sie in diesem Le-bensalter überfordern“. Aus der SPD-Fraktion for-dert der medienpoliti-sche Sprecher Macit Ka-raahmetoğlu mehr staat-lichen Schutz: „Kinder

und Jugendliche brau-chen keine Apps, deren Algorithmen darauf aus-gelegt sind, sie süchtig zu machen und mit gefährli-chem Content zu über-häufen.“

Das findet auch auf EU-Ebene Resonanz: Im No-vember nahm das Euro-päische Parlament mit großer Mehrheit einen Bericht an, in dem die Ab-geordneten die EU-Kom-mission auffordern, einen Gesetzesvorschlag vorzu-legen, der ein EU-weit geltendes Mindestalter von 16 Jahren für den Zu-gang zu sozialen Medien vorsieht, während 13- bis 16-Jährige nur mit Zu-

stimmung der Eltern Zu-gang haben sollten. Der Bericht ist rechtlich nicht bindend, formuliert aber klare politische Erwartun-gen und ruft zu stärkeren Schutzmaßnahmen für Minderjährige im digita-len Raum auf – etwa die Entwicklung verlässlicher Altersüberprüfungssyste-me und Verbote beson-ders suchtfördernder De-signs.

Hintergrund für die For-derungen sind mehrere Untersuchungen: 97% der Jugendlichen sind täglich online, 78% der 13- bis 17-Jährigen sehen mindestens einmal stündlich auf ihr Gerät. Bei 25% der Minderjähri-gen wird das Smartphone auf suchtähnliche Weise genutzt. Einige Mitglieds-taaten haben bereits ers-te Maßnahmen wie Al-tersbeschränkungen und Überprüfungssysteme umgesetzt.

Die technische Umset-zung des australischen Verbots stößt allerdings auf Kritik: Die vorgesehe-nen Methoden zur Alters-feststellung seien „unzu-verlässig, fehleranfällig

und leicht zu umgehen“, sagt die stellvertretende Vorsitzende des Digital-ausschusses im Bundes-tag, Anna Lührmann (Grüne). Sie warnt zudem, dass dadurch in großem Stil sensible private Daten gesammelt würden, „mit erheblichen Risiken, falls diese in falsche Hände geraten“.

Kritiker der Verbotsidee warnen allgemein davor, Jugendliche aus wichti-gen digitalen Räumen auszuschließen. Sie plä-dieren für mehr Medien-kompetenz, wirksame Regulierung der Plattfor-men selbst und eine stär-kere Verantwortung der Anbieter. Die Debatte ver-deutlicht: Es geht nicht nur um Schutz, sondern auch um grundlegende Fragen der digitalen Teil-habe und gesellschaftli-chen Verantwortung – in Australien wie in Deutschland.

IHRE MEINUNG ZUM THEMA?
SCHREIBEN SIE UNS GERNE AN
REDAKTION@OBERLAND-
ZEITUNG.DE

Der Alpenbus bringt Bewegung in die Region

Bad Tölz – Seit Dezember 2025 rollt er: der Alpenbus, der erstmals eine leistungsfähige Ost-West-Verbindung quer durch das Voralpenland schafft – stündlich, ohne Umweg über München und mit spürbaren Zeitgewinnen für Pendler, Ausflügler und Touristen. Nach sieben Jahren Planung und politischem Ringen können Fahrgäste nun täglich von Murnau bis Rosenheim pendeln – eine Strecke, die früher meist nur mit zeitaufwendigem Umstieg über die Landeshauptstadt möglich war und nun im Direktverkehr deutlich schneller bewältigt wird.

Unter dem Namen Alpenbus verbinden drei neue Expressbus-Linien (X380, X381 und X990) die vier Oberland-Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Weilheim-Schongau, Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach sowie Stadt und Landkreis Rosenheim miteinander. Der West-Ast (X990) führt von Murnau über Penzberg nach Bad Tölz, der Ost-Ast (X380) verbindet Bad Tölz über Gmund und Miesbach mit Rosenheim. Ergänzt wird das Angebot durch den X381, der zwischen Bad Tölz, Miesbach und Gmund verkehrt.

„Endlich können Menschen einfach, bequem und günstig durch das Voralpenland reisen“, sagt der Tölzer Landrat Josef Niedermaier (Freie Wähler). „Diese Querverbindung haben wir im auf München ausgerichteten Verkehrsnetz lange schmerzlich vermisst.“ Auch Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU) spricht von einem Meilenstein für den öffentlichen Verkehr im bayerischen Alpenraum, der eine seit Jahren bestehende Lücke schließt und den ländlichen Raum gezielt stärkt.



Einen Fototermin lässt er selten sausen: Den Start des Alpenbus feierte auch Ministerpräsident Dr. Markus Söder (CSU, 4.v.l.) mit weiterer Politikprominenz: v.l.: Anton Speer (Landrat Garmisch-Partenkirchen, FWL), Andrea Jochner-Weiß (Landrätin Weilheim-Schongau, CSU), Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU), Josef Niedermaier (Landrat Bad Tölz-Wolfratshausen, FW), Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU), Olaf von Löwis (Landrat Miesbach, CSU), Otto Lederer (Landrat Landkreis Rosenheim, CSU), Andreas März (Oberbürgermeister Stadt Rosenheim, CSU) zusammen mit dem MVV-Geschäftsführer Bernd Rosenbusch. Foto: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen

Lange Vorarbeit und kurzer Rosenheimer Umweg

Die Idee für den Alpenbus reicht bis ins Jahr 2018 zurück und wurde vom Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen koordiniert. Über Jahre hinweg arbeiteten die beteiligten Landkreise und Kommunen an Planung, Finanzierung und Linienführung. Ganz ohne Reibung verlief dieser Prozess allerdings nicht: Der Rosenheimer Stadtrat hatte sich kurzzeitig – entgegen vorheriger Absprachen – gegen eine Beteiligung am Alpenbus ausgesprochen, unter anderem mit Verweis auf die im Vergleich zu bestehenden Bahnverbindungen vermeintlich geringe Zeitersparnis. Nach weiteren Beratungen und Gesprächen setzte sich jedoch die Erkenntnis durch, dass der Alpenbus eine wichtige Ergänzung zum Schienennetz darstellt – Rosenheim kehrte zurück an den Tisch, und das Projekt konnte weiterverfolgt werden. Das war 2023. Trotz wiederholter Zusagen dauerte es in der Folge ungewöhnlich lange von der Ankündigung bis zur Re-

alität: Markus Söder hatte bereits im Wahlkampf 2018 eine direkte Ost-West-Verbindung im Voralpenland versprochen, doch erst über sieben Jahre später fuhr der Alpenbus tatsächlich. Hätte die Umsetzung auch außerhalb von Wahlkampfzeiten so zügig vorangetrieben werden können, wäre die Verbindung schon länger Realität.

Schnell, regelmäßig und gut vernetzt

Der Alpenbus verkehrt als Expressbus im Stundentakt und hält ausschließlich an wichtigen Verkehrsknotenpunkten. Dadurch ergeben sich deutliche Zeitersparnisse gegenüber bisherigen Verbindungen mit mehreren Umstiegen. Die

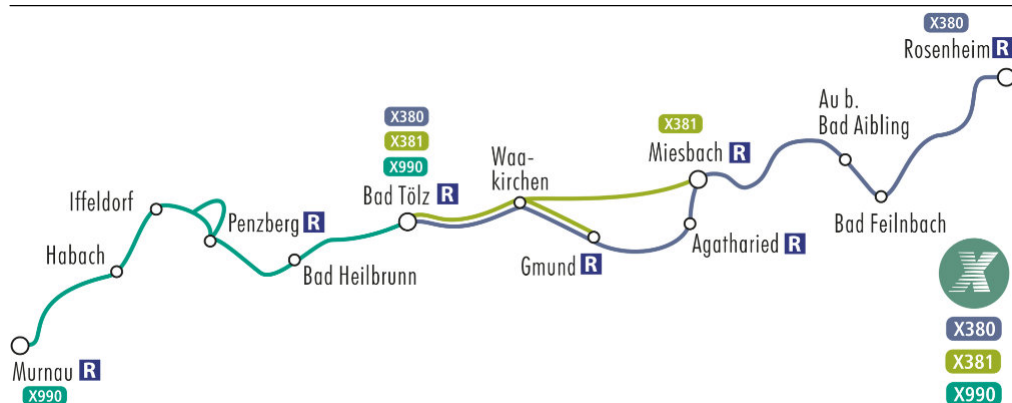
Busse fahren täglich von 6 bis 21 Uhr, am Wochenende beginnt der Betrieb ein bis zwei Stunden später. Die Fahrzeiten sind dabei bewusst auf die Anschlüsse an den Regionalverkehr abgestimmt, sodass ein reibungsloser Umstieg auf Bahn und weitere Buslinien möglich ist. Aktuelle Fahrpläne sind online abrufbar. Neben Pendlern richtet sich das Angebot ausdrücklich auch an Ausflügler und Touristen, die das Voralpenland klimafreundlich erreichen wollen. Ein Beispiel für die flexible Ausrichtung der Linie: Am Wochenende wird der Halt am Rothenberg in Penzberg durch einen Stopp an den Osterseen in Iffeldorf ersetzt, um Freizeitverkehr gezielt aufzunehmen.

Vom Bus in die Berge

Der Deutsche Alpenverein begrüßt den Alpenbus und verweist gleich auf zahlreiche Tourenmöglichkeiten entlang der Strecke, die nun ohne Auto erreichbar sind. Empfohlen werden unter anderem Wanderungen und Spaziergänge rund um Penzberg, Bad Tölz, Gmund und Miesbach – von familienfreundlichen Routen bis hin zu anspruchsvolleren Tages-touren. Der Alpenbus erleichtert damit nicht nur den Alltag, sondern trägt auch zu einer naturverträglichen Freizeitmobilität im Alpenraum bei.

Einheitlicher Tarif

Fahrkarten sind an allen MVV-Verkaufsstellen, direkt im Bus sowie über die MVV-App erhältlich. Es gilt der reguläre MVV-Tarif, auch das Deutschlandticket wird anerkannt. Durch die MVV-Erweiterung gilt auf der gesamten Strecke von Murnau bis Rosenheim ein einheitliches Tarifsystem. Die Kosten für den Betrieb des Alpenbusses werden anteilig nach Kilometern auf die beteiligten Landkreise und die Stadt Rosenheim verteilt. Der Freistaat Bayern beteiligt sich maßgeblich am Kostendefizit: Im ersten Jahr mit 65 Prozent, im zweiten mit 60 Prozent, im dritten mit 55 Prozent und ab dem vierten Betriebsjahr dauerhaft mit 50 Prozent. Ohne diese gestufte Mitfinanzierung wäre das Projekt nicht realisierbar gewesen.



Grafik: Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV)